Sigrid Jahns

Der Aufstieg in die juristische Funktionselite des Alten Reiches*

Die ständische Gesellschaft der frühen Neuzeit war nicht nur von sozialen Schranken durchzogen, sondern hielt trotz prinzipieller Statik immer auch Möglichkeiten für sozialen Aufstieg bereit. Dies war schon den Zeitgenossen ein vertrautes Phänomen und gab – je nach sozialem und ideologischem Standort – Anlaß zu Ärger, Hoffnung oder auch Resignation. Die Symptome für Mobilität waren vielfältig. Die im 17. und vor allem im 18. Jahrhundert anschwellende Flut der Nobilitierungen oder anwachsende Studentenzahlen sind nur zwei, allerdings quantitativ sehr eindrucksvolle Beispiele für solche Indikatoren. Ebenso mannigfach waren, der Komplexität der Gesamtgesellschaft entsprechend, die Faktoren, die Auf- und Abstiegsprozesse in Gang setzten oder verstärkten und so die scheinbar statische Welt der Kleiderordnungen in Bewegung hielten. Kriege konnten ebenso mobilitätserzeugend sein wie konfessionelle Veränderungen oder der Aufschwung neuer Wirtschaftszweige, kirchliche Institutionen ebenso wie das Heerwesen oder Schulen und Universitäten. Daß der Aufbau und Ausbau landesherrlicher Behörden im frühneuzeitlichen deutschen Territorialstaat einzelnen und ganzen Gruppen neue Mobilitätschancen eröffnete, haben Untersuchungen zum Typus der „Gelehrten Räte“ sowie zur sozialen Zusammensetzung der obersten territorialen Regierungs- und Justizkollegien deutlich gemacht. Dagegen wurde den obersten Reichsbehörden unter dem Aspekt der sozialen Mobilität ihres richterlichen Personals bisher nur wenig Beachtung geschenkt. Dies gilt mehr noch als für den Reichshofrat für das Richterkollegium des anderen höchsten Reichsgerichts, des Reichskammergerichts. Dabei war diese Institution ähnlich wie ihre Wiener Konkurrenz ein hochwirksames Mobilitätsferment in der ständischen Gesellschaft des Alten Reiches. Das Reichskammergericht (RKG) fungierte als Schleuse für Mobilitätsströme, als soziale Agentur, die die Träger von Mobilitätsprozessen anzog und ihnen zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten vermittelte. Ins Konkrete übersetzt, bedeutet dies:

* Dieser Aufsatz beruht auf einer größeren Untersuchung, die vorgestellt wird in: *Sigrid Jahns, Juristen im Alten Reich – Das richterliche Personal des Reichskammergerichts 1648–1806. Bericht über ein Forschungsvorhaben*, in: *Forschungen aus Akten des Reichskammergerichts*, hg. von *Bernhard Diestelkamp* (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 14, Köln–Wien 1984) 1–40. Im Hinblick auf die zukünftige Publikation dieser Untersuchung wird hier abgesehen von wörtlichen Zitaten auf Quellenbelege sowie mit einigen Ausnahmen auch auf Literaturhinweise verzichtet.

Die RKG-Assessoren – und nur von ihnen, den Richtern im eigentlichen Sinne, soll hier die Rede sein, nicht auch von den ranghöchsten Direktorialpersonen am RKG, dem Kammerrichter und den Präsidenten – gehörten zu den Spitzenbeamten in der Ämterhierarchie des Alten Reiches. Diesem Gewicht des RKG-Assessorats trugen die Kameralgesetze Rechnung, wenn sie davon sprachen, daß die RKG-Assessoren „von Uns als Römischen Kayser, auch Chur-Fürsten, Fürsten und Ständen deß Heil. Reichs an solche hohe Justitzien verordnet und an Unser und Ihrer Stadt (!) sitzen, Uns und Dieselben diß Orts tanquam perpetui togati Senatores in Senatu Imperii repraesentieren“¹. Diese im 16. Jahrhundert formulierte Rangbeschreibung prägte auch noch im 18. Jahrhundert in hohem Maße die Selbsteinschätzung der RKG-Beisitzer. Ein Jurist, der ein RKG-Assessorat anstrebte, griff also hoch. Dementsprechend groß waren die Anstrengungen, die er mitsamt seiner Familie in Form von sozialer, beruflicher und meist auch geographischer Mobilität erbringen mußte, bevor sich ihm der Zugang zum RKG-Assessorat eröffnete. Als Belohnung winkten denjenigen Juristen, die für sich und ihre Familien den Aufstiegs- und Selektionsprozeß durchgehalten und den Sprung auf ein RKG-Assessorat geschafft hatten, neue Stufen der Mobilität. Dies gilt zum einen, so widersprüchlich dies zunächst klingen mag, für die Gruppe derjenigen RKG-Beisitzer, für die das RKG die Endstation ihrer Karriere war, die also beruflich auf einer sehr hohen Ebene stagnierten. Zum anderen qualifizierte die Tätigkeit als Richter an einem höchsten Reichsgericht für andere, noch höhere Positionen in Diensten von Kaiser und Reichsständen. Als Sprungbrett für hochrangige Nachkarrieren konnte das RKG-Assessorat daher weitere Mobilitätsprozesse in Gang setzen, die wiederum nicht nur auf den Bereich beruflichen Erfolgs beschränkt waren. Wir können also drei Stadien von Mobilität unterscheiden: Das Beisitzeramt am RKG verlangte Zugangsmobilität, und es produzierte seinerseits eine amtsimmanente Mobilität sowie Abgangsmobilität. Von diesen drei Mobilitätsstufen wird im folgenden exemplarisch die erste untersucht. Was Zugangsmobilität in der sozialen Wirklichkeit des 18. Jahrhunderts bedeutete, soll an Hand von Biographien aus dem Kreis der rund 170 Juristen vorgeführt werden, die in den letzten hundert Jahren vor der Auflösung des RKG im Jahre 1806 in Wetzlar als RKG-Beisitzer amtierten oder auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden, ohne daß ihr Aufnahmeverfahren dann bis zur Rezeption geführt

¹ Konzept der Kammergerichtsordnung von 1613 (im folgenden zitiert: Konz. KGO 1613) Tl. 1 Tit. 9, in: *Corpus Juris Cameralis*, das ist des Kayserlichen Cammer-Gerichts Gesetz-Buch, darinnen alle Cammer-Gerichts-Ordnungen samt dem Anno 1613 verfertigten Concept Einer neuen Ordnung, so dann die Visitations-Recesse und Memorialien, nicht weniger die gemeine Bescheide und Raths-Schlüsse ... heraus gegeben, hg. von *Georg Melchior v. Ludolff* (Frankfurt a.M. 1724) 584. Der zitierte Passus beruht auf der Reichskammergerichtsordnung von 1555 Tl. 1 Tit. 8, in: *die Reichskammergerichtsordnung von 1555*, eingel. und hg. von *Adolf Laufs* (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 3, Köln-Wien 1976) (im folgenden zitiert: *Laufs*, KGO 1555) 81 f.; sowie auf dem Visitationsmemorial für Kammerrichter und Beisitzer von 1570 § 1, in: *Corpus Juris Cameralis*, 303.

hätte². Dabei geht es zunächst um die institutionellen Faktoren der Zugangsmobilität, die in den Kameralgesetzen enthaltenen Eingangsvoraussetzungen, zum anderen um Komponenten mehr oder weniger sozialen Charakters wie soziale Herkunft, Kapital, Heiraten, Beziehungen, akademische Grade und Nobilitierungen.

1. Institutionelle Faktoren

Um Inhalt und Ausmaß der erfordernten Zugangsmobilität bewerten zu können, ist zunächst nach den institutionellen Faktoren zu fragen, die den Zugang zum RKG-Assessorat in der Kammergerichtsordnung von 1555 und späteren Ergänzungsvorschriften in Form und Eingangsvoraussetzungen regelten. Danach mußten alle Aspiranten auf dieses Amt „auß teutscher nation geborn“, „eines erbaren wesens und wandels, auch rechter, natürlicher, ehrlicher geburt“ sein³. Folgt man den aus dem 16. bis 18. Jahrhundert stammenden Kommentaren der Kameralchriftsteller, dann waren durch die letztere Bedingung nur die als „unehrlich“ geltenden unehelich Geborenen, auch die nachträglich Legitimierten, ausgeschlossen. Dagegen findet sich bei diesen Autoren kein Hinweis darauf, daß auch Söhnen, deren Väter „unehrliche“ Berufe ausübten, der Zugang zum höchsten Richteramt verwehrt sein sollte, obwohl dies nach dem Sprachgebrauch und der Praxis der Zeit nahegelegen hätte. „Ehrliche“ Geburt vorausgesetzt, kannten die Kameralgesetze nur zwei soziale Kategorien: Die auf ein RKG-Assessorat präsentierten Juristen mußten entweder aus der Ritterschaft, das heißt aus altem reichsunmittelbarem oder mediatem Adel, stammen. In diesem Fall brauchten sie nicht graduert zu sein. Oder sie mußten, falls sie keine vier rittermäßigen Ahnen (Eltern sowie Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits) nachweisen konnten, den juristischen Doktor- oder Lizentiatengrad als „Dignitas Nobilitati aequipollens“, als ein „surrogatum honoris“ besitzen⁴. Abgesehen von dieser den Standesunterschied markierenden Differenzierung legten aber die Kameralgesetze seit 1548/55 an beide Gruppen hinsichtlich Vorbildung und Vorkarriere dieselben leistungsorientierten Maßstäbe an. Ritterbürtige wie Graduierte mußten ein mehrjähriges juristisches Studium absolviert und sich anschließend zum Beispiel als landesfürstliche Räte, als Advokaten oder Professoren in der gerichtlichen Praxis geübt und damit im

² Mit Absicht werden im folgenden als Beispiele nur einige wenige Juristen vorgeführt, deren Biographien dafür aber bei der Erörterung der verschiedenen Problemkreise wiederholt zur Illustration herangezogen, um exemplarisch einige biographische Zusammenhänge sichtbar zu machen.

³ KGO 1555 Tl. 1 Tit. 3 § 2, in: *Laufs*, KGO 1555, 75 f.; entsprechend: Konz. KGO 1613 Tl. 1 Tit. 3 § 1, in: *Corpus Juris Cameralis*, 578 f.

⁴ KGO 1555 Tl. 1 Tit. 3 § 2, in: *Laufs*, KGO 1555, 75 f.; Konz. KGO 1613 Tl. 1 Tit. 3 § 1 u. 2, in: *Corpus Juris Cameralis*, 578 f.; dazu s. (*Friedrich Schrag*), *Norma examinis candidatorum ad Assessoratum S.R.I. Judicii Cameralis praesentatorum* (Wetzlar 1720) 6 f. (ebd. 7: „Dignitas Nobilitati aequipollens“); (*Georg Gottlob Baemann*), *Beiträge zur Revision und Verbesserung der fünf ersten Titeln des Concepts der Kaiserlichen Kammergerichtsordnung* (Lemgo 1778) 42 ff., 55 ff. (ebd. 61: „surrogatum honoris“).

Referieren und Entscheiden rechtshängiger Sachen qualifiziert haben. Das RKG – darin im 16. Jahrhundert modern und vorbildlich – unterwarf also die Altadligen, wenn sie sich den Zugang zum RKG-Assessorat nicht versperren wollten, demselben Zwang zur Professionalisierung wie die Bürgerlich-Graduierten. Die damit hergestellte Chancengleichheit zwischen beiden ständischen Kategorien wurde noch durch die Lockerung und damit de facto Aufhebung einer anfangs geltenden Bestimmung verstärkt, wonach die RKG-Beisitzer zur Hälfte ritterbürtig, zur Hälfte graduiert sein sollten und wonach dem Kaiser, den geistlichen und weltlichen Kurfürsten sowie den Reichskreisen genau vorgeschrieben war, welchen Typus sie zu präsentieren hatten. Seit 1557 war es zunächst den Kurfürsten, dann gewohnheitsrechtlich auch den übrigen Präsentanten freigestellt, ob sie „ihr“ Assessorat mit einem ritterbürtigen Juristen oder mit einem graduierten Rechtsgelehrten, sei er nun bürgerlich oder neuadlig, besetzen wollten. Mit dieser Entwicklung hing eng zusammen, daß das als Kameralkollegium bezeichnete Richterghremium des RKG anders als der Reichshofrat oder die territorialen Zentralbehörden nicht in eine Ritter- und in eine Gelehrtenbank aufgeteilt war. Der Rang und damit die Sitzordnung der RKG-Beisitzer bestimmte sich vielmehr – abgesehen von anderen Verhältnissen in den Gründungsjahren des Gerichts – nach dem Rang ihrer Präsentanten, nicht nach Geburtsstand und Anciennität der Urteiler. Daraus folgt, daß unter den oben genannten Voraussetzungen im Prinzip jeder voll qualifizierte Jurist katholischer oder evangelischer Religion unabhängig von seinem Geburtsstand um eines der raren RKG-Assessorate konkurrieren konnte, von denen es im 18. Jahrhundert zuletzt 25 (13 katholische, 12 evangelische) gab. Eine gewisse Einschränkung, die aber nicht die geburtsständische, sondern die geographische Herkunft betraf, war dadurch gegeben, daß ein Jurist, der ein vakantes RKG-Assessorat anstrebte, sich nicht direkt beim RKG bewerben konnte. Vielmehr bedurfte er einer Vermittlungsstelle, nämlich des Kaisers, eines Kurfürsten oder der Stände eines Reichskreises, die das Recht und die Pflicht hatten, dem Kameralkollegium einen ihnen genehmen Kandidaten vorzuschlagen. Dieser sollte aus dem Gebiet des präsentationsberechtigten Reichsstandes oder -kreises oder wenigstens aus benachbarten Kreisen stammen, damit neben dem gemeinen Recht auch die Partikularrechte der einzelnen Landschaften, vermittelt durch die RKG-Beisitzer, in der Rechtsprechung des RKG genügend berücksichtigt werden konnten. Diese Vorschrift wurde im 18. Jahrhundert zwar keineswegs immer beobachtet. Das Präsentationssystem trug aber auf jeden Fall dazu bei, im Rahmen der Zugangsmobilität neben anderen noch zu nennenden Faktoren auch den Aspekt der horizontalen Mobilität zu beeinflussen.

Zieht man die Summe aus den referierten institutionellen Faktoren, die Vorbedingung für die Erlangung eines RKG-Assessorats waren, dann weist dieses Normensystem, isoliert betrachtet, in seinem für Funktion und Effizienz dieses höchsten Reichsgerichts wesentlichen Kern eine große Offenheit auf: Eignung und Leistung, standesübergreifend gleichermaßen von Bürgerlichen und Neuadligen wie Ritterbürtigen gefordert, durch Studium und Vorkarriere unter Beweis gestellt und vom Kameralkollegium im fachlichen Spezialexamen überprüft, sollten – von „ehrlicher“ Geburt und moralischer Integrität einmal abgesehen – theoretisch ausreichen, um den Zugang zum Richteramt am RKG zu eröffnen. Diesem Befund scheint ein anderer diametral

entgegenzustehen: In den Assessorenlisten des seit 1741 jährlich in Wetzlar erschienenen Kameralkalenders herrschen die Träger adliger Prädikate vom einfachen „von“ bis zum Freiherrntitel, vereinzelt sogar bis zum Grafentitel vor. RKG-Beisitzer ohne irgend ein Adelsprädikat sind in der äußersten Minderzahl. Der juristische Doktor- oder Lizentiatengrad wird bei keinem einzigen Assessorennamen erwähnt. War das Richterkollegium des RKG also aller theoretischen Offenheit zum Trotz doch in Wirklichkeit nur ein sozial exklusiver Kreis, zugänglich nur für juristisch Qualifizierte aus einer dünnen Oberschicht der ständischen Gesellschaft? Die Wahrheit liegt in der Mitte, und sie ist wesentlich komplizierter, als Kameralvorschriften und Personalverzeichnisse suggerieren. Das Kameralkollegium war offen für Mobilitätsprozesse. Aber zu der unerläßlichen fachlichen Qualifikation desjenigen Juristen, der ein RKG-Assessorat anstrebte, mußte in der Regel ein breites Spektrum zumeist sozialer Faktoren kommen, die bei ihm selbst und meist auch schon in den vorausgegangenen Generationen seiner Familie den Aufstieg bedingten und abstützten. Solche mobilitätsrelevanten Elemente lassen sich keineswegs immer in Form einer Kausalitätenkette aneinanderreihen. Auch kommen sie keineswegs in allen Assessorenbiographien in gleicher Intensität und Häufung vor. Jedoch illustrieren sie in ihrer Gesamtheit, daß es gerade unter den Rahmenbedingungen der ständischen Gesellschaft nicht nur eine fachspezifisch-intellektuelle, sondern mindestens ebenso sehr auch eine soziale Leistung darstellte, wenn aus einer Familie ein RKG-Assessor hervorging.

2. Soziale Herkunft

Innerhalb des komplexen Zusammenspiels von Aufstiegsfaktoren war die entscheidende und auch durch größte persönliche Anstrengungen nicht beeinflussbare Konstante die soziale Herkunft, definiert durch geburtsständische Zugehörigkeit und Berufsprofil einer Familie. Dabei bemaß sich der Grad der Zugangsmobilität, die vor der Erlangung einer RKG-Präsentation zu bewältigen war, in der Gruppe der bürgerlich oder neuadlig geborenen RKG-Assessoren weitaus mehr als im Lager ihrer altadligen, „ritterbürtigen“ Kollegen vor allem nach dem Beruf des Vaters, der Großväter und älteren Vorfahren. Mustert man in der Gruppe der bürgerlichen und neuadligen Juristen, die im 18. Jahrhundert auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden, die Vaterberufe, dann fallen vor allem die breitgefächerten Tätigkeiten in Justiz und Verwaltung auf, die bereits ein volles juristisches Studium voraussetzten. Dabei machte es allerdings für die Bildungs- und Karrierechancen des Sohnes (und späteren RKG-Präsentatus) schon einen großen Unterschied, ob der Vater – um nur einige Beispiele zu nennen – etwa nur Stadtschultheiß, Amtmann oder Rentmeister in der Provinz oder aber Professor, Hofrat, Oberappellationsgerichtsrat, Geheimer Rat, Reichshofrat oder Reichstagsgesandter war. Neben den juristisch qualifizierten Vätern sind Mediziner und Pfarrer in der Minderzahl. Das evangelische Pfarrhaus, wegen seiner Rolle für die Ausbildung der bürgerlichen Intelligenz vielgerühmt, war im 18. Jahrhundert nur in ganz wenigen Fällen die Wiege eines späteren RKG-Assessors oder nicht rezipierten RKG-Präsentatus. Die Lebensläufe dieser Juristen lassen erkennen, daß der Sohn ei-

nes kleinen Landpfarrers es meistens nicht leicht hatte, in der Welt der Juristen Fuß zu fassen und dort auch noch eine Spitzenposition zu erlangen. Die Mobilitätsimpulse, die vom Pfarrhaus ausgingen, mußten sich in der Regel – wenn es sich nicht gerade um die führenden Theologenfamilien der württembergischen „Ehrbarkeit“ mit lukrativen Erbpfarreien und engen Beziehungen zu Universität und Beamtenschaft handelte – über ein, zwei Generationen hinweg ausbreiten und dabei verstärken, ehe die Aufstiegsbemühungen in eine Richterkarriere an einem höchsten Reichsgericht einmünden konnten. Das zeigt sich an den Biographien derjenigen etwas zahlreicheren RKG-Assessoren, die zwar nicht einen Vater, aber einen Großvater oder Urgroßvater hatten, der dem Pfarrerstand angehörte.

Waren die Ausgangspositionen für bürgerlich/neuadlige RKG-Assessoren aus akademischen Elternhäusern schon sehr unterschiedlich, so vergrößert sich die Ungleichheit der Startbedingungen noch, wenn man die Gruppe der RKG-Assessoren einbezieht, deren Väter mehr oder weniger universitätsferne Tätigkeiten ausübten. Und selbst innerhalb dieser Vaterberufe war die Spannweite beträchtlich. Sie reichte vom wohlhabenden Kaufmann, der für städtische Ehrenämter abkömmlich war, bis zum wenig vermögenden zünftigen Handwerker, subalternen Beamten oder einfachen Soldaten. RKG-Beisitzer, deren Väter den untersten Rängen der hier skizzierten Berufshierarchie angehörten, verkörperten den Typus des Aufsteigers am reinsten. Sie waren auf Grund ihrer sozialen Herkunft am weitesten von einer späteren Karriere als RKG-Assessor entfernt, mußten also innerhalb nur einer Generation das größte Maß an Zugangsmobilität erbringen, die das Sozialprofil ihrer Familie wirklich entscheidend veränderte. Einer von ihnen war der aus Ulm stammende Johann Schumacher (1731–1751 RKG-Assessor des Niedersächsischen Kreises), der später unter dem Namen „von Ulmenstein“ nobilitiert wurde. Sein Urgroßvater, sein Großvater und seine Onkeln väterlicherseits waren Bürger und Sattler in Ulm. Sein Vater brach als erster aus der Enge dieser gesicherten kleinbürgerlichen Existenz aus und diente sich auf den Schlachtfeldern Europas vom einfachen Soldaten bis zum Rittmeister hoch. Die Mutter des späteren RKG-Beisitzers hatte einen württembergischen Landpfarrer zum Vater, der seinerseits Handwerkersohn war. Während sie ihren Mann auf seinem ungetrübten Soldatenleben bis nach Spanien begleitete, wurde der Sohn von seinen Ulmer Verwandten zeitweise in einem Ulmer Findelhaus untergebracht und besuchte auf städtische Kosten das Ulmer Gymnasium. – Joseph Ullheimer (1789–1806 RKG-Assessor des Fränkischen Kreises katholischen Teils) war der Sohn eines Pedells beim Kaiserlichen Landgericht in Bamberg und hatte einen anderen Landgerichtsdienersowie einen Zuchthausverwalter zu Stiefvätern. Sein Großvater mütterlicherseits war möglicherweise ein Winzer („Häcker“). – Der Mainzer Professor sowie Hof- und Regierungsrat Johann Georg Neureuter (1753–1757 kurmainzischer RKG-Präsentatus), der während des laufenden Präsentationsverfahrens starb, stammte mütterlicherseits von Mainzer Faßbenderfamilien ab, während sein Vater ein aus Tirol nach Mainz eingewanderter und dort eingebürgerter Maurer war. – Der ebenfalls in Mainz geborene spätere Freiherr Franz Georg Leykam (1758–1766 kurböhmischer RKG-Assessor) hatte einen kurfürstlichen Hofkutscher und Wagenmeister sowie die Tochter eines Schreiners und Hofzimmermanns zu Eltern. Sein Großvater väterlicherseits, ein Bier-

brauersohn aus Langenkandel, kam als Roßarzt nach Mainz, wo er es später ebenfalls bis zum kurfürstlichen Wagenmeister brachte.

Welche Schwierigkeiten und Vorurteile Juristen solcher Rekrutierung im Zuge ihres Aufstiegs, gerade auch bei der Erlangung eines RKG-Assessorats, zu überwinden hatten, zeigt sich daran, daß einige von ihnen als RKG-Präsentati wegen ihrer sozialen Herkunft auf den erbitterten Widerstand des Kameralkollegiums stießen. Auf dem Hintergrund zunehmender Oligarchisierung, Exklusivität und Selbstrekrutierung der juristischen Spitzenberufe tendierte nämlich vor allem in der Mitte des 18. Jahrhunderts eine Mehrheit der amtierenden RKG-Assessoren dazu, Aufsteigern aus schlicht-bürgerlichen, vor allem handwerklichen Kreisen den Zugang zum RKG-Assessorat zu verwehren. Zu diesem Zweck wurde der Begriff der „ehrliehen Geburt“, der laut Kammergerichtsordnung ja eine der institutionellen Eingangsvoraussetzungen für die Erlangung eines RKG-Assessorats war, in einer Weise interpretiert, die nicht nur Unehelichkeit, sondern auch bestimmte Väterberufe diskriminierte. Danach waren zum Beispiel der Kutscher- und Wagenmeistersohn Leykam sowie der Maurersohn Neureuter „von schlechter und geringschätziger Abkunft“, „von schlechten, gar von Handwerksleuthen“, „aus dem geringsten und letzten Pöbel entsprossen“, nicht von „natürlicher und ehrlicher Geburth“ und wurden daher 1753 der Bekleidung eines RKG-Assessorats für ganz und gar unfähig erachtet⁵. Das Kainsmal der „Unehrllichkeit“ wurde hier also Berufsgruppen aufgedrückt, die im Sinne der Reichsgesetzgebung und auch im Volksbewußtsein niemals zu den „unehrlichen“ Gewerben gezählt hatten. Diese von einer Mehrheit der RKG-Assessoren vorgenommene Begriffsausweitung war um so unhaltbarer, als die Reichshandwerksordnung von 1731 ein für allemal Söhne, deren Väter nach gängiger Auffassung einen „unehrlichen“ Beruf ausübten wie Schäfer, Bader, Gassenkehrer oder Totengräber, mit Ausnahme der Söhne von Abdeckern vom Makel der „Unehrllichkeit“ befreite und ihnen den ungehinderten Zugang zum zünftigen Handwerk eröffnete⁶. Daß solche zeitweisen Ausgrenzungsbestrebungen einer in sozialem Kastendenken befangenen Assessorenmehrheit erfolglos blieben und Juristen aus einfachen bürgerlichen Verhältnissen nicht vom RKG-Assessorat fernhalten konnten, war vor allem dem Druck zu verdanken, den moderner denkende Präsentationshöfe in den betreffenden Fällen auf das Kameralkollegium ausübten. Aber auch

⁵ Das RKG an Kaiserin Maria Theresia, Wetzlar, 15.5.1753, Konz.: Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt (im folgenden abgekürzt: BAF), RKG IV B 1/8 fol. 67–68 (eine besonders krasse Textpassage mit der Formulierung „aus dem geringsten und letzten Pöbel entsprossen“ wurde im Konzept gestrichen und nicht in das Original übernommen); das RKG an Kurfürst Johann Friedrich Karl von Mainz, s.l., s.d. (Wetzlar, Ende November 1753), Konz.: BAF, RKG IV B 1/5 fol. 20–22.

⁶ Reichshandwerksordnung von 1731 § 4, in: Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, (hg. von *Johann Jakob Schmauss* und *Heinrich Christian von Senckenberg*), Tl. 4 (Frankfurt a.M. 1747, Neudruck Osnabrück 1967) 379 f.; dazu s. *Karl-Sigismund Kramer*, Artikel „Ehrliche/unehrliche Gewerbe“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte* Bd. 1 (Berlin 1971) 855–858. – Über die schon am Beginn der frühen Neuzeit einsetzende Tendenz bestimmter Kreise, als Mittel sozialer Ausgrenzung den Begriff „Unehrllichkeit“ auf immer weitere Berufsgruppen auszudehnen, s. auch den in diesem Band abgedruckten Beitrag von *Ernst Schubert*.

innerhalb der Assessorenschaft gab es aufgeklärt denkende Gegenkräfte, die sich der Einsicht in die Realität sozialer Mobilität nicht versperren und überdies solche Aufstiegsprozesse auch noch ausdrücklich guthießen.

Für RKG-Assessoren und nicht rezipierte RKG-Präsentati wie Schumacher alias von Ulmenstein, Ullheimer, Neureuter und Leykam, deren Biographien von einer enormen sozialen Dynamik gekennzeichnet sind, lassen sich im 18. Jahrhundert noch eine Reihe weiterer Beispiele beibringen⁷. Gegenüber ihren bürgerlich oder neudilig geborenen Wetzlarer Richterkollegen, die – wie oben beschrieben – dem sozial-beruflichen Status ihrer Väter von vornherein bessere Aufstiegschancen verdankten, machen sie aber den kleineren Teil aus. Geht man jedoch in der Gruppe der nicht altadligen RKG-Beisitzer in die weiteren Vorfahrengenerationen zurück, dann verschiebt sich das Verhältnis zwischen „assessoratsfernen“ und „assessoratsnahen“ Berufen immer mehr zuungunsten der letzteren. Bei dieser retrospektiven Erforschung begegnen im Sozialprofil der betreffenden Familien immer häufiger die Bruchstellen, die unter dem Aspekt der hier untersuchten Zugangsmobilität von entscheidender Bedeutung waren. So hatte der aus Wittenberg stammende, später nobilitierte Heinrich Friedrich Lebrecht Autenried (1782–1800 RKG-Assessor des Obersächsischen Kreises) zwar einen kursächsischen Hofgerichtsassessor zum Vater. Aber sein Großvater väterlicherseits war noch Bader und Wundarzt gewesen. Ein gutes Beispiel für eine auf mehrere Generationen verteilte Zugangsmobilität mit stetiger Steigerung ist die Familie des als „Schüler genannt von Sehnden“ geadelten und in den Freiherrnstand erhobenen August Karl Bernhard Schüler (1784–1804 RKG-Assessor des Niedersächsischen Kreises). Sein Urgroßvater Schüler war noch Bauer und Gerichtsverwandter in einem thüringischen Dorf. Der Großvater kam als Landpfarrer nach Harpstedt, einem Flecken in der kurbraunschweigischen Grafschaft Hoya, heiratete in erster Ehe die Tochter eines anderen Landpfarrers, in zweiter die Tochter eines Amtsschreibers und konnte seinen einzigen Sohn, den Vater des RKG-Beisitzers, zum Juristen ausbilden lassen. Er gehörte als Sekretär, dann Gerichtsschultheiß und Landkommissar in Schöppenstädt der Lokalbeamtenschaft des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel an. Seinem Sohn wiederum gelang dann über die Advokatur der Sprung in die Zentralbehörden desselben Territoriums und von dort an das Reichskammergericht, das noch keineswegs die Endstation seiner Karriere war.

Gemessen etwa an dem Maurersohn Neureuter oder dem Pedellensohn Ullheimer waren die Mobilitätsanstrengungen, die Schüler vor der Erlangung des RKG-Assessorats noch erbringen mußte, gering. Im Vergleich zu anderen Beisitzerkollegen, deren Karriere durch ein generationendickes Polster von juristisch qualifizierten Vorfahren abgedeckt wurde, waren sie immer noch beträchtlich. Aus solch einer etablierten Juristenfamilie stammte zum Beispiel der in den Freiherrnstand erhobene berühmte Kameralsschriftsteller Johann Heinrich Harpprecht (1745–1783 RKG-Assessor des Schwäbischen Kreises evangelischen Teils), dessen Vater, ein herzoglich württember-

⁷ Ein weiteres Beispiel s. in: *Sigrid Jahns*, *Gescheiterte Reichskammergerichtspräsentationen*. Der Fall Johann Adam Freiherr von Schroff 1747–1754, in: *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins* 31. *Herbert Flender* zum 70. Geburtstag (Wetzlar 1985) 102–138.

gischer Oberrat, 1712 in Wetzlar als Subdelegierter bei der RKG-Visitation sowie als kursächsischer RKG-Präsentatus gestorben war. Die Familie Harpprecht, aus der seit dem Urgroßvater des RKG-Assessors allein sechs Professoren der Tübinger Juristenfakultät hervorgingen, ist ein Paradebeispiel für die enge Verflechtung der Tübinger Professorenschaft mit den führenden Beamten- und Pfarrfamilien Alt-Württembergs. Natürlich bedeutete auch für RKG-Assessoren wie Harpprecht die Aufnahme in das Wetzlarer Kameralkollegium einen Karrieresprung, der ohne Begabung und berufliche Vorleistungen nicht möglich gewesen wäre. Aber das selbstverständliche Hineinwachsen in eine generationenlange Gelehrtentradition, die Betreuung seiner theoretischen und praktischen Juristenausbildung durch einen nah verwandten Tübinger Hofgerichtsassessor und Professor stellten Bevorzugungen dar, die ihm den Zugang zur Karriere eines RKG-Beisitzers im Vergleich zu Juristen wie Ullheimer, Neureuter oder auch Schüler und Autenried erheblich erleichterten.

Gegenüber ihren bürgerlichen oder nobilitierten Kollegen hatten die RKG-Beisitzer aus landsässigen oder reichsritterschaftlichen alten Adelsgeschlechtern auf jeden Fall den Vorzug ihrer Abstammung. Gegen soziale Standesvorurteile brauchten sie nicht anzukämpfen, aus ihrer Herkunft nie einen Hehl zu machen. Aber dieser Tatbestand darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch in dieser Gruppe hinsichtlich der Zugangsmobilität, die der Erlangung eines RKG-Assessorats vorausgehen mußte, beträchtliche Spannweiten gab. Zu den Privilegiertesten unter ihnen – und damit unter den RKG-Beisitzern des 18. Jahrhunderts überhaupt – gehörte zum Beispiel der später in den Grafenstand erhobene Friedrich Franz Dietrich von Bremer (1788–1796 kurbraunschweigischer RKG-Assessor), der sich aus der regierenden Aristokratie Kurhannovers rekrutierte. Sein Vater, sein Großvater mütterlicherseits und andere nahe Verwandte waren ebenso wie später er selbst Minister in Hannover. Angesichts dieser Herkunft fielen ihm bei aller Befähigung seine Vor- und Nachkarriere in Hannover sowie seine Präsentation zum kurbraunschweigischen RKG-Assessor geradezu in den Schoß. Andere seiner Standesgenossen hatten es dagegen sehr viel schwerer, so Franz Dietrich von Ditfurth (1773–1806 RKG-Assessor des Niedersächsischen Kreises), dessen Vater als pensionierter hessen-kasseler Generalleutnant in dürftigsten Verhältnissen starb. Führt man sich vor Augen, daß zum Beispiel im Jahr 1795 der altadlige Sohn und Enkel zweier Minister (Bremer), der Sohn eines kleinbürgerlichen Landgerichtspedells (Ullheimer), der Enkel eines Baders und Wundarztes (Autenried) sowie der Urenkel eines Bauern und Enkel eines kleinen Landpfarrers (Schüler genannt von Sehnden) gemeinsam im Kameralkollegium saßen, dann läßt sich allein schon an diesem weiten Spektrum sozialer Rekrutierungen ermesen, von welch unterschiedlicher Intensität die Mobilitätsströme waren, die hier zusammenliefen.

3. Kapital

Wie wurde diese Ungleichheit der Startbedingungen bewältigt? Welche Elemente sind im Sozialprofil einer Familie und in der Biographie eines einzelnen auszumachen, die den Aufstiegsprozeß überhaupt erst einleiteten, seinen weiteren Fortgang förder-

ten oder – bei bereits arrivierten Familien – stabilisierten, bis die investierten Energien im Sinne von Zugangsmobilität für die Erlangung eines RKG-Assessorats ausreichten?

Eines der allerwichtigsten Mobilitätsvehikel war Geld. Geht man nur genügend weit in die Familiengeschichte eines RKG-Assessors zurück, dann stößt man manchmal schon in der Väter-, mehr noch in den Großväter- und älteren Generationen darauf, daß der Prozeß der Akademisierung zumeist durch ein in nichtakademischen Tätigkeiten angesammeltes Kapital in Gang gesetzt worden war. Die älteren Vorfahren des RKG-Assessors Theodor Karl de L'Eau (1760–1782 kaiserlicher RKG-Beisitzer), dessen Vater als Reichshofrats- und Reichsagent in Wien bereits einen juristischen Beruf ausübte, hatten ihr beträchtliches Vermögen als Pächter und Betreiber von Eisenhütten in der Eifel erworben. Die Vorfahren von Christian Franz Weidenfeld (1796–1806 kurkölnischer RKG-Assessor), einem der wenigen RKG-Beisitzer aus bürgerlichem Milieu, saßen generationenlang als sogenannte Halbwinner auf großen Bauernhöfen im Niederrheingebiet, gehörten also zur Oberschicht der bürgerlichen Bevölkerung, aus der sie durch Wohlstand und Bildungsgrad hervorrangen. Weidenfeld wurde während seiner Gymnasialzeit in Köln als „dives“ eingestuft. Die vielen Großväter und sonstigen Vorfahren von RKG-Assessoren, die es in Handel und Gewerbe zu Geld brachten und nebenbei oft auch als Bürgermeister an der Spitze des ratsfähigen Honoratiorenstandes einer Stadt standen, gehören geradezu zur vertrauten Erscheinung im Sozialprofil von Familien späterer RKG-Assessoren. Manchmal reichte die materielle Basis nur für das Studium eines einzigen Sohnes aus, auf den sich also die Mobilitätsanstrengungen der Familie konzentrierten, während andere Söhne das väterliche Handwerk oder Gewerbe erlernten. Das gilt zum Beispiel für Johann Franz Aegidius (von) Beaurieux (1729–1753 kurmainzischer RKG-Assessor), den Sohn eines aus Savoyen nach Mainz eingewanderten Bierbrauers. Friedrich Ludwig (von) Wagner (1737 nicht zu den Examen gelassener RKG-Präsentatus des Niedersächsischen Kreises), dessen Vater als württembergischer Feldprediger, dann als Landpfarrer mit seiner zahlreichen Familie eine ziemlich armselige Existenz führte, verzehrte die Mobilitätsreserven so vollständig, daß seine Brüder nur herzoglicher Büchsenspanner, Forstknecht und Kaufmann in einem württembergischen Dorf werden konnten.

Kapital war aber nicht nur erforderlich für den Übergang in die Akademisierung. Es mußte vor allem groß genug sein, um den einmal in Gang gesetzten Aufstiegsprozeß durchzuhalten und zu steigern, und das bedeutete mehr als „nur“ die Finanzierung eines vollen Universitätsstudiums. Der von bürgerlich/neuadligen Juristen spätestens im Zusammenhang ihrer RKG-Präsentation zu erwerbende Doktor- oder Lizentiatengrad, Kavaliere- und Bildungsreisen, die nicht zuletzt auch der Anknüpfung karriereförderlicher Beziehungen dienten, Praktika am RKG in Wetzlar, am Reichshofrat in Wien oder am Regensburger Reichstag verschlangen große Summen. Gerade die Praktika an einem der höchsten Reichsgerichte waren zwar keine gesetzliche Vorbedingung für eine spätere Richterlaufbahn in Wetzlar. Aber wer sich durch ein solches mehrmonatiges, manchmal sogar mehrjähriges Praktikum erste Kenntnisse im Kameralstylus und damit einen zusätzlichen Qualifikationsnachweis erwarb, steigerte damit nicht nur seine Chancen für die Erlangung einer gehobenen Eingangsposition in lan-

desherrlichen Diensten (zum Beispiel als Hofrat oder Hofgerichtsassessor). Er machte sich dadurch auch konkurrenzfähiger im Wettbewerb um eine RKG-Präsentation. Im Rahmen der Zugangsmobilität spielten Praktika am RKG oder auch am Reichshofrat daher eine wichtige Rolle. Weitere Kapitalreserven waren nötig, um anstellungslose Zeiten zwischen der Beendigung der theoretisch/praktischen Juristenausbildung und der Erlangung eines ersten Postens in landesfürstlichen Diensten zu überbrücken. Wer sich nicht mit einer zwar besoldeten, aber unter Umständen allzu niedrigen Anfangsposition begnügen, sondern seine Karriere gleich auf einem aussichtsreicheren und prestigeträchtigeren Posten in den Zentralbehörden – möglichst auch noch eines größeren Territoriums – beginnen wollte, mußte häufig zunächst mit einer unbesoldeten Ratsstelle vorliebnehmen und manchmal jahrelang aus eigenen Mitteln leben, bis er endlich in eine besoldete Stelle einrücken konnte. Solche Verhältnisse trafen finanzschwache Aufsteiger besonders hart. Aber auch Söhne aus altadligen oder bereits etablierten bürgerlich/neuadligen Familien bekamen sie schmerzhaft zu spüren. Wer über die notwendigen finanziellen Ressourcen nicht verfügte, blieb leicht auf der Strecke oder mußte Kompensationsformen entwickeln, die zumeist zeitraubende und wenig angesehene Karriereumwege bedeuteten. So finanzierten manche weniger bemittelte junge Juristen und spätere RKG-Assessoren, zum Beispiel der Kutschersohn Leykam oder der Sattlerenkel und Soldatensohn Schumacher alias von Ulmenstein, ihr RKG-Praktikum durch eine Tätigkeit als „Amanuensis“ bei einem RKG-Prokurator oder RKG-Beisitzer. Andere unterrichteten bessergestellte RKG-Praktikanten im „*ius camerale*“. Der ebenfalls bereits erwähnte Pedellensohn Ullheimer verdingte sich anfangs als Privatsekretär und Hofmeister. Auch eine Anfangstätigkeit als freier Advokat oder eine niedrige Vorposition in fürstlichen Diensten verraten neben fehlenden einflußreichen Beziehungen zumeist auch einen Mangel an materiellen Mitteln. Führt man sich vor Augen, wie sehr das Kameralkollegium gerade im 18. Jahrhundert solche RKG-Präsentati der Tätigkeit eines den römischen Senatoren gleichgestellten RKG-Beisitzers für unwürdig hielt, nur weil sie noch wenige Jahre zuvor unter den Augen der ganzen Wetzlarer Kameralgesellschaft als Schreiber eines RKG-Prokurators oder RKG-Assessors ihr Brot verdient hatten – oder wie einem RKG-Präsentatus nur wegen seiner wenig glanzvollen Vorkarriere manchmal recht vorschnell ein Mangel an juristischer Qualifikation unterstellt wurde, dann läßt sich ermessen, was für eine große Rolle der Faktor Geld im Rahmen der Zugangsmobilität spielte.

Der Erwerb von teuren Statussymbolen wie zum Beispiel kaiserlichen Adelsdiplomen war zwar für die Erlangung einer RKG-Präsentation nicht erforderlich. Aber sie verhalfen im Zuge der Vorkarriere unter Umständen zu angeseheneren, lukrativeren und einflußreicheren Posten oder zu vorteilhaften Heiraten, die wiederum den Weg zu einer RKG-Präsentation eröffnen konnten. Weitere nicht unerhebliche Geldmittel waren dagegen unmittelbar im Zusammenhang mit einer RKG-Präsentation erforderlich. Die Reise nach Wetzlar und den mehrwöchigen bis mehrmonatigen Aufenthalt, den er dort während der Ablegung seiner schriftlichen und mündlichen Prüfungen verbringen mußte, hatte ein RKG-Präsentatus – ohne die Sicherheit eines erfolgreichen Ausgangs! – zumeist aus eigener Tasche zu bezahlen. Die Expedition des Präsentationsschreibens – einer Art Legitimationsschein für den Kandidaten gegenüber dem

Kameralkollegium – durch die Kanzlei des betreffenden Präsentationshofs kostete einen kurtrierischen RKG-Präsentatus – und vermutlich nicht nur ihn! – 200 Gulden. Derselbe Jurist geriet 1750 beim Kameralkollegium in Verdacht, er habe sich seine Präsentation von einem anderen Anwärter durch eine Abstandssumme erkaufte. Einem von Brandenburg-Preußen präsentierten Juristen wurde 1741 unterstellt, seine Präsentation durch Anwerbung einiger großer Grenadiere erlangt zu haben. Ein anderer RKG-Präsentatus, der zur Beilegung von Präsentationsstreitigkeiten seine Präsentation resignierte und damit seinem Gegenkandidaten den Weg zur Aufschwörung als RKG-Beisitzer freimachte, ließ sich seinen Verzicht von seinem Konkurrenten teuer mit 6000 Gulden bezahlen. Das Kameralkollegium sprach sich zwar strikt gegen solchen Handel mit RKG-Präsentationen aus. Aber angesichts der Tatsache, daß Ämterkauf und Ämterhandel im Reich ebenso wie im übrigen frühneuzeitlichen Europa gängige Praktiken waren, muß man wohl annehmen, daß sie auch bei der Erlangung von RKG-Präsentationen zwar keineswegs in der Regel, aber doch über die erwähnten Beispiele hinaus eine Rolle spielten. In solchen Fällen war Geld also einmal mehr ein entscheidender Faktor im Rahmen der hier erörterten Zugangsmobilität, wobei diese Spielart finanzieller Aufstiegsinvestition im Vergleich zu den meisten anderen oben genannten mit dem Erwerb oder dem Nachweis von juristischer Kompetenz aber auch gar nichts mehr zu tun hatte.

4. Heiraten

Ein weiterer wichtiger Mobilitätsträger, und zwar speziell auch im Hinblick auf die spätere Erlangung eines RKG-Assessorats, waren die Eheschließungen. Ein RKG-Beisitzer trug 1781 Eulen nach Athen, wenn er im Plenum des Kameralkollegiums konstatierte, „daß die Heyrathen gar selten aus bloßer Zuneigung eingegangen werden“ und „daß bloße Meriten gar selten ein hohes Aufkommen verschaffen“⁸. Dabei war eine mobilitätsfördernde Heirat in weitaus höherem Maße eine wirklich soziale Leistung als zum Beispiel das Glück, bei der Ausbildung oder beim Start in die Karriere von elterlichem Vermögen profitieren zu können. Ein RKG-Präsentatus, der diese soziale Leistung nicht erbracht, sich bei der Wahl seiner Ehefrau also nicht aufstiegsorientiert und statusbewußt verhalten hatte, war in den Augen des Kameralkollegiums von vornherein diskreditiert. So der bereits erwähnte mittellose Pfarrersohn Friedrich Ludwig Wagner, der am Anfang seiner wenig erfolgreichen Juristenlaufbahn den Fehler beging, „eine Rothgärbers Tochter, wovon der Vater annoch im Leben und sein Handwerck forhtreibt“, zu heiraten⁹. Bezeichnenderweise bemühte sich Wagner mehrere Jahre nach dem Scheitern seiner RKG-Präsentation um eine vorteilhaftere zweite Ehe.

⁸ RKG-Assessor Meckel in seiner „Censura super casum a candidato Advocaturae Johanne Henrico Gombel U. J. Doctore elaboratum“, Or.: BAF, RKG IV B 2/21 s. f. (nach fol. 83)/1781.

⁹ Votum des RKG-Assessors zum Pütz 13.11.1737, BAF, RKG IV B 2/6 fol. 33r/1737.

Heiraten erfüllten im Rahmen sozial-beruflicher Mobilität ganz unterschiedliche und zumeist auch mehrere Funktionen gleichzeitig. Ein junger Jurist aus einer schon seit längerem etablierten altadligen oder bürgerlich/neuadligen Familie konnte in ein bereits stabiles soziales System einheiraten, aus dem er sich selber rekrutierte, ein in mehreren Generationen aufgebautes soziales Netzwerk also, das sich durch große soziale und berufliche Homogenität, enge Verflechtung sowie in seinen Kernfamilien um geringe geographische Mobilität und mehr oder weniger starke Abschließung nach außen auszeichnete. Die Ehe des oben bereits erwähnten, aus einer alten Juristenfamilie der württembergischen „Ehrbarkeit“ stammenden RKG-Beisitzers Harpprecht, der innerhalb seiner eigenen Muttergruppe heiratete, noch dazu eine nahe Verwandte, ist hierfür ein gutes Beispiel. Entsprechungen finden sich bei den Ehen späterer RKG-Assessoren, die sich etwa aus der kurhannoverschen Aristokratie oder dem bürgerlich/neuadligen kurhannoverschen „Staatspatriziat“ rekrutierten, aus der kursächsischen Ritterschaft, der rheinischen, fränkischen und schwäbischen Reichsritterschaft oder aus der vielfach miteinander verflochtenen Zentralbeamtenschaft in den Zentren der rheinischen Territorien. Solche Ehen innerhalb einer Gruppe mit bereits eingespielten Sozialbeziehungen, anerkanntem Sozialprestige und erworbenen Berechtigungen brachten zwar zunächst einmal keinen Zuwachs an wirklich verändernder Mobilität. Aber sie führten dazu, daß die mehr oder weniger begrenzte Verfügungsmasse über Positionen, Ansprüche und Beziehungen ‚in der Familie blieb‘, was die individuellen Aufstiegschancen des einzelnen, durch Geburt und Konnubium gleich doppelt in einem solchen erfolgreichen Familienverband verankerten Mitglieds natürlich erheblich verbesserte.

Im Gegensatz zu solchen Ehen, durch die Mobilität reproduziert wurde, hatten andere Heiraten späterer RKG-Beisitzer viel stärker die Funktion eines Mobilitätsvehikels, durch das ungünstigere Startbedingungen wettgemacht wurden. Wenn der Bamberger Pedellensohn Joseph Ullheimer ein Jahr nach seiner Ernennung zum Professor an der Universität seiner Heimatstadt sowie zum fürstbischöflich bambergischen Hof- und Regierungsrat die Tochter eines Bamberger Kaufmanns und Ratsherrn heiratete, dann wohl nicht nur, weil er im Kreise der Professorenfamilien und der landesfürstlichen Zentralbeamtenschaft noch ein allzu wenig integrierter Neuling war, sondern auch weil er durch eine solche Einheirat in das handeltreibende Ratsbürgertum zunächst einmal seine Vermögensverhältnisse aufbessern und damit den Grundstein für eine standesgemäße Lebensführung legen konnte. Dasselbe Motiv kann man auch dem Ulmer Sattlerenkel und Soldatensohn Johann Schumacher alias von Ulmenstein unterstellen, der nach seiner Juristenausbildung mit der nicht gerade hochrangigen Position eines Sekretärs des politisch von Dänemark-Oldenburg abhängigen Grafen von Aldenburg im entlegenen ostfriesischen Varel vorlieb nehmen mußte. Der damals noch nicht nobilitierte Sekretär Schumacher, der sich bei seinen insgesamt vier Eheschließungen als ein Virtuose auf dem Instrument der Heiratspolitik erwies, heiratete in erster Ehe die Tochter eines nachweislich wohlhabenden Kaufmanns und Ältermanns der Kaufmannschaft in Oldenburg. Andere Aufsteiger waren mit der Wahl ihrer Ehefrauen im Hinblick auf ihre eigene soziale und Karrieremobilität noch erfolgreicher. Ihre Biographien machen deutlich, welch zentrale Funktion die Heiraten für

die Festigung des bisher Erreichten und Förderung des weiteren sozial-beruflichen Aufstiegs sowie für die Integration eines oft auch landfremden Juristen in die eingesessenen Führungsschichten haben konnten. So fand Johann Christoph (von) Schmitz (1722–1724 RKG-Präsentatus des Fränkischen Kreises katholischen Teils, 1740–1747 RKG-Assessor des Bayerischen Kreises), der väterlicherseits aus dem juristisch vorgebildeten bürgerlichen Lokalbeamtentum, mütterlicherseits aus dem gewerbetreibenden Bürgertum von Stadt und Hochstift Münster stammte, durch seine beiden Ehen Anschluß an ein großflächiges Netz neuadliger zentralrheinischer Hofrats-, Geheimer Rats-, Kanzler- und Vizekanzlerfamilien, die im 18. Jahrhundert zum sozialen Substrat auffällig vieler RKG-Beisitzer wurden. In denselben Großverband bereits arrivierter und einflußreicher katholischer Juristenfamilien heiratete bald nach seiner Ernennung zum markgräfllich baden-badischen Hofrat auch der schon erwähnte Mainzer Bierbrauersohn Johann Franz Aegidius Beurieux ein. Seine Ehefrau rekrutierte sich aus Familien, die schon seit mehreren Generationen Kanzler, Vizekanzler, Räte und andere höhere Funktionsträger im Erzstift Mainz stellten. Seine Heirat brachte dem Aufsteiger Beurieux nicht nur gesellschaftliche Anerkennung und Aufwertung, sie sollte auch zu einem starken Beschleunigungsfaktor für seine weitere Karriere werden. Denn ein Onkel seiner Ehefrau, der kurmainzische Hofkanzler Johann Georg von Lasser, verschaffte Beurieux später die Präsentation zum kurmainzischen RKG-Beisitzer.

5. Beziehungen

Damit kommt ein weiteres Element ins Spiel, das für sozialen und beruflichen Erfolg in der ständischen Gesellschaft und besonders auch für die hier diskutierte Zugangsmobilität von geradezu überragender Bedeutung war: Beziehungen¹⁰. Dabei ist hier an alle Erscheinungsformen mobilitätswirksamer Interaktion zwischen Personen und der ihnen zugrundeliegenden sozialen Verflechtung gedacht, nicht nur an aus heutiger Sicht anrüchige Phänomene wie Nepotismus und Korruption. Ignoriert man die fundamentale, alle Bereiche privater und öffentlicher Existenz durchdringende Wirksamkeit von Personenbeziehungen, bleibt unser Wissen über die altständischen Gesellschaften, unser Verständnis von bürokratisch organisierten, nur scheinbar aus-

¹⁰ Entscheidende Anregungen zu den folgenden Ausführungen über die Rolle von Beziehungen im Rahmen der Zugangsmobilität verdanke ich vor allem den Studien von: *Wolfgang Reinhard*, Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600 (Schriften der Philosophischen Fachbereiche der Universität Augsburg 14, München 1979); *Peter Moraw*, Über Patrone und Klienten im Heiligen Römischen Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit; *Volker Press*, Patronat und Klientel im Heiligen Römischen Reich. Die beiden letztgenannten Aufsätze erscheinen demnächst in einem von *Antoni Maczak* herausgegebenen Band der Schriften des Historischen Kollegs über „Patronat – Klientel – Beziehungen in der Frühen Neuzeit“. Beiden Autoren danke ich herzlich für die Überlassung ihrer Manuskripte.

schließlich dank fachlicher Kompetenz funktionierenden Institutionen unvollkommen, ja wird geradezu verfälscht. In diesem Überblick kann es nicht darum gehen, alle Aspekte des Themas „Beziehungen“, die sich an der richterlichen Funktionselite des Alten Reiches beobachten lassen, auszuschöpfen und ein Verflechtungsmodell für die RKG-Assessoren samt ihren Muttergruppen zu entwerfen. Vielmehr soll im folgenden an Hand einiger Beispiele nur gezeigt werden, welche zentrale Rolle die bekannten Haupttypen sozialer Beziehungen, vor allem Verwandtschaft und Patronage, aber auch Bekanntschaft und Landsmannschaft für die Karriere späterer RKG-Assessoren und besonders für die Erlangung einer RKG-Präsentation spielten.

Die Existenz und Wirksamkeit von Beziehungen zu akzeptieren, das Funktionieren von Beziehungsnetzen zu durchschauen, Beziehungen anzuknüpfen und als Mobilitätsvehikel für die eigene Karriere nutzbar zu machen – das alles stand in keinem schulischen oder universitären Lehrplan, gehörte jedoch zum Grundlernerstoff jedes aufstiegsbewußten Juristen. Je höher dieser auf der Karriereleiter gelangen wollte, um in den Bereich der juristischen Spitzenpositionen vorzustoßen, um so größer mußte die soziale Leistung sein, die der „richtige“ Umgang mit Beziehungen in hohem Maße darstellte. Natürlich gab es auch RKG-Assessoren, die sich ihren Berufserfolg mehr oder weniger ausschließlich durch eigene Befähigung und Tüchtigkeit erarbeitet hatten. So manche scheinbar reine Leistungskarriere verdankt diese Etikettierung jedoch nur einem Mangel an Quellenaussagen oder einem Mangel an sozialgeschichtlichen Detailforschungen über mobilitätswirksame Personenbeziehungen. Umgekehrt ist aber auch festzuhalten, daß Beziehungen allein noch keinen RKG-Assessor machten. Zwar war das Präsentationssystem, das heißt das Recht des Kaisers, der Kurfürsten und der Reichskreise, dem Kameralkollegium einen oder mehrere Kandidaten auf ein vakantes RKG-Assessorat zu präsentieren, anfällig für Beziehungen und Empfehlungen und verhinderte von daher, daß ausschließlich Spitzenbegabungen RKG-Präsentationen erhielten. Aber ein solides Maß an Amtseignung des mit einer Präsentation Begünstigten war in der Regel doch gegeben, schon weil die Zurückweisung (Rejektion) eines unqualifizierten Präsentatus durch das Kameralkollegium als Blamage auch auf den Präsentationshof zurückfiel. Und auch hervorragende Juristen kommen unter den RKG-Assessoren des 18. Jahrhunderts immer wieder vor. Erlangte doch einmal ein völlig Unfähiger eine RKG-Präsentation, dann funktionierte die meist sehr verantwortungsbewußt gehandhabte Prüfungs- und Rejektionsberechtigung des Kameralkollegiums im Normalfall als wirksame Barriere, die es gar nicht erst zur Einberufung und Introduktion als RKG-Assessor kommen ließ.

Als weitaus häufigste, zuverlässigste und mobilitätswirksamste Form sozialer Beziehungen läßt sich auch in den Biographien späterer RKG-Assessoren die Verwandtschaft nachweisen, sei sie nun durch Geburt zugeschrieben oder durch Heirat erworben. Dringt man nur tief genug in das soziale Netzwerk ein, in das ein auf den ersten Blick scheinbar isoliert ans RKG kommender Jurist eingebunden war, dann ist man erstaunt, wie häufig Protektion durch einflußreiche Verwandte im Zuge der Vorkarriere und bei der Erlangung einer RKG-Präsentation eine Rolle spielte. Dabei geben die Quellen teils expressis verbis über Wirken und Auswirkung solcher verwandtschaftlichen Beziehungen Auskunft, teils lassen sich diese mit mehr oder weniger

zwingender Wahrscheinlichkeit aus der personellen Konstellation, rekonstruiert durch das Aufdecken und Zusammenfügen biographischer Details, erschließen.

Verwandschaft konnte auf ganz unterschiedliche Art und Weise aufstiegsfördernd sein. Manchmal reichte schon die bloße Zugehörigkeit zu einer angesehenen Familie oder die Verwandschaft mit einer einzelnen einflußreichen Persönlichkeit dazu aus, bei der Vergabe eines mobilitätsfördernden Postens berücksichtigt zu werden, ohne daß – zum Beispiel durch Empfehlungen – aktive Protektion erforderlich war. In diesem Sinne kann etwa die durch einen hohen Grad sozialer Verflechtung charakterisierte kurhannoversche regierende Aristokratie als ein einziges natürliches Protektionssystem angesehen werden, denn ihre jüngeren Mitglieder, die „Klienten“, waren alle mehr oder weniger nah verwandt mit den „Patronen“, die als Minister in Hannover über die Aufnahme in kurhannoversche Dienste und auch über die Erteilung von kurhannoverschen RKG-Präsentationen entschieden. Die Karriereverläufe des bereits erwähnten Friedrich Franz Dietrich von Bremer und anderer Juristen aus altem braunschweigischem Adel, die nach ihrer Ausbildung sofort und scheinbar mühelos in den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst ihres Heimatlandes eintraten, schon in sehr jungen Jahren von Hannover auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden und nach nicht allzulanger Zeit Wetzlar zugunsten einer glänzenden Nachkarriere etwa als kurhannoverscher Gesandter, Hofrichter oder Minister wieder verließen, sprechen für sich.

In den Biographien anderer RKG-Assessoren läßt sich der Karriereerfolg noch stärker auf mehr oder weniger aktive Protektion eines einzelnen Verwandten zurückführen, anders formuliert: die sozialen Leitlinien, an denen entlang Mobilitätsprozesse verliefen, sind deutlicher sichtbar. Aus der Fülle möglicher Beispiele seien hier nur einige wenige genannt. Maximilian (Freiherr von) Martini (1784–1806 RKG-Assessor des Österreichischen Kreises) verdankte seine ganze Karriere seinem Vater, dem österreichischen Rechtslehrer und Staatsmann Karl Anton (Freiherrn von) Martini (1726–1800), einem der Hauptvertreter der katholischen Aufklärung im Theresianisch-Josephinischen Zeitalter, der das besondere Vertrauen Maria Theresias sowie ihrer Söhne Joseph II. und Leopold II. genoß – letztere hatte er in Rechts- und Staatswissenschaften unterrichtet. Von seinem Vater schon frühzeitig zum Juristen getrimmt und unter seiner Anleitung in die Praxis eingeführt, trat Martini kaum 20jährig in den österreichischen Staatsdienst ein und erhielt schon als 24jähriger eine Expektanz sowie wenige Monate später 1783 die wirkliche Präsentation zum RKG-Assessor des Österreichischen Kreises. Durch diese Begünstigung wollte die Kaiserin nachweislich nicht die keineswegs überdurchschnittlichen Leistungen des jungen Martini, sondern die hervorragenden Verdienste seines Vaters, des damaligen Staatsrats Martini, honorieren. Dieser bereitete seinen Sohn eigens auf die Proberelation vor, die er als RKG-Präsentatus in Wetzlar abzulegen hatte. Verschiedene Indizien lassen darauf schließen, daß dem jungen Martini der Sprung auf ein RKG-Assessorat aus eigener Kraft zumindest in so jungen Jahren schwerlich gelungen wäre. – Joseph (Edler von) Weinbach (1777–1788 RKG-Assessor des Bayerischen Kreises), Sohn eines fürstbischöflich würzburgischen Lokalbeamten, wurde von seinem Onkel, dem Staatsrechtler, Universitäts- und Schulreformer sowie Repräsentanten der gemäßigten katholischen Aufklä-

rung Johann Adam (Freiherrn von) Ickstatt (1702–1776) protegiert, der eine ausgeprägte Neigung zur Versorgung seiner Verwandtschaft hatte. Als Ingolstädter Universitätsdirektor sowie vertrauter Berater des bayerischen Kurfürsten verschaffte Ickstatt seinem angeheirateten Neffen Weinbach nicht nur eine Professur in Ingolstadt, sondern wenige Jahre später auch eine Präsentation zum RKG-Beisitzer des Bayerischen Kreises.

Bei anderen späteren RKG-Assessoren ging ein ursprünglich reines Patronat-Klientel-Verhältnis in erworbene Verwandtschaft über, wobei diese Verquickung zweier Beziehungstypen hochgradig mobilitätswirksam werden konnte. Als Beispiel sei hier der bereits erwähnte Mainzer Kutschersohn Franz Georg (von) Leykam vorgeführt. Leykam lernte 1749 während seines Reichshofratspraktikums in Wien den aus der Paderborner Oberschicht stammenden, soeben erst zum Reichshofrat ernannten Peter Ignaz (von) Warnesius kennen, der selbst erst ein Jahr zuvor noch in seiner Eigenschaft als kurkölnisch-fürstbischöflich paderbornischer Geheimer Rat und Kanzler geadelt worden war. Um sich – so seine selbst formulierte Kosten-Nutzen-Rechnung – von Wien aus auch fernerhin seine Einflußkanäle zum kurkölnischen Hof offenzuhalten, erlangte Warnesius Ende 1749 vom Kölner Kurfürsten für seinen Protegé Leykam eine Hofratsstelle bei der fürstbischöflich paderbornischen Regierung und versicherte sich dessen Ergebnisheit noch zusätzlich dadurch, daß er ihn im folgenden Jahr mit einer seiner Töchter vermählte. Schon kurz vor dieser Heirat nutzte Warnesius seine Reichshofratsstellung dazu aus, beim Kaiser für seinen zukünftigen Schwiegersohn Leykam um eine Expektanz auf eine künftig vakant werdende habsburgische RKG-Präsentation zu bitten. Das Beziehungssystem funktionierte: Ende 1752 erhielt der Aufsteiger Leykam von der Kaiserin eine Präsentation auf das erledigte kurböhmische RKG-Assessorat.

Daß durch Heirat erworbene aufstiegsfördernde Verwandtschaftsbeziehungen zur Erlangung einer RKG-Präsentation führen konnten und damit der Zugangsmobilität dienten, war auch schon am Beispiel des Bierbrauersohns Beaurieux gezeigt worden. Auch in mehreren anderen Assessorenbiographien läßt sich nachweisen, daß Heiraten den Schlüssel für die Gründe liefern, die das Zustandekommen einer RKG-Präsentation erklären.

Neben zugeschriebener oder erworbener Verwandtschaft waren Patronat-Klientel-Verhältnisse zwischen nicht miteinander verwandten Personen die zweitwichtigste Form sozialer Beziehungen, die der sozial-beruflichen Mobilität späterer RKG-Assessoren bis hin zur Erlangung einer RKG-Präsentation förderlich waren. Der Fall Leykam sowie andere Assessorenbiographien illustrieren, daß beide Beziehungstypen nebeneinander vorkommen oder daß ein Klient durch Heirat zum Verwandten seines Patrons werden konnte. Aber auch reine Patronat-Klientel-Verhältnisse spielen als Mobilitätsvehikel in den Assessorenbiographien eine große Rolle. Zwei Fälle, einer aus einer Vorkarriere entnommen, einer im unmittelbaren Zusammenhang mit der RKG-Präsentation stehend, sollen dies verdeutlichen. Der Aufstieg des schon erwähnten Bamberger Pedellensohns Ullheimer ist ohne die Förderung durch Patrone, die offenbar seine Begabung erkannten, nicht zu verstehen. Neben einem Bamberger Stifths herrn handelte es sich vor allem um den höchsten weltlichen Amtsträger im Hochstift

Bamberg, den Geheimen Rat und Obersthofmeister Karl Johann Alexander Freiherrn, dann Grafen von Rotenhan. Ullheimer lebte während oder nach Abschluß seines Bamberger Jurastudiums als eine Art Privatsekretär in Rotenhans Haus. Diese Vertrauensstellung erklärt, daß Ullheimer 1772/73 einen Sohn des Obersthofmeisters an die renommierte Universität Göttingen begleitete, wo er auf diese Weise sein juristisches Studium abrunden konnte. Bezeichnenderweise wurde Ullheimer bald nach seiner Rückkehr aus Göttingen als Professor sowie wirklicher Hof- und Regierungsrat in fürstbischöflich bambergische Dienste übernommen – eine Beförderung, die er wohl in erster Linie seinem Protektor Rotenhan verdankte. Auf diesen Posten rückte Ullheimer in die Nähe des Zentrums von Macht und Entscheidungen vor, was ihm wiederum den Weg nach Wetzlar bahnte: Für die Präsentation zum RKG-Assessor des Fränkischen Kreises nominierte ihn 1788 turnusgemäß sein eigener Dienstherr, der Fürstbischof von Bamberg. – Der kurmainzische Hofrat Franz Joseph Ignaz (Freiherr von) Linden (1796–1806 kurböhmischer RKG-Beisitzer) konnte sich als Landfremder gegenüber österreichisch-erbländischen Mitkonkurrenten um die kurböhmische RKG-Präsentation einzig und allein dank der massiven Protektion des damaligen kurmainzischen Hofkanzlers Franz Joseph Freiherrn von Albini (1748–1816) durchsetzen. Albini, der früher selbst RKG-Beisitzer gewesen war, empfahl Linden beim Wiener Hof, wobei er sich der Einflußmöglichkeiten und Beziehungen bediente, über die er als kurmainzischer Hofkanzler sowie als vorheriger Reichsreferendar in höchstem Maße verfügte. Bei der ganzen Aktion spielte die im übrigen eindeutig vorhandene juristische Qualifikation Lindens noch die kleinste Rolle. Vielmehr verdankte er die RKG-Präsentation primär seiner Fähigkeit, zum eigenen Karrierevorteil potente Beziehungen für sich zu aktivieren.

Neben Verwandtschaft und Patronage waren Landsmannschaft sowie Freundschaft und Bekanntschaft im Rahmen der Zugangsmobilität weniger ausschlaggebend. Zu unterschätzen sind die Vorteile, die über diese Formen sozialer Beziehungen im Zusammenhang mit RKG-Präsentationen erlangt werden konnten, jedoch keineswegs. Ein besonders krasses Beispiel für ein äußerst mobilitätswirksames, vorrangig durch Landsmannschaft, daneben aber auch durch Verwandtschaft, Bekanntschaft und Patronage geknüpftes „network“ sei hier ausnahmsweise nicht aus dem 18., sondern aus dem 17. Jahrhundert gewählt. Allein in den Jahren 1624–1627 bewarben sich elf aus Köln und Umgebung stammende beziehungsweise dort tätige Juristen meist in Zweier- oder Dreiergruppen in Wien um eine habsburgische RKG-Präsentation und wurden zum größten Teil auch compräsentiert. Sie alle hatten an der Kölner Universität studiert. Die meisten von ihnen gehörten zum Kölner Patriziat oder hatten in diese reichsstädtische Oberschicht eingehiratet. Neben diesen Kölner Juristen hatten Bewerber aus anderen Rekrutierungsgebieten keine Chance. Der Schlüssel für diese auffällige Überrepräsentanz einer landsmannschaftlich homogenen Gruppe in einer Bewerberwelle sowie für ihren durchschlagenden Erfolg liegt darin, daß Kölner Juristen damals in den Wiener Zentralbehörden einen doppelten Vorposten besaßen: die beiden ebenfalls aus dem Kölner Patriziat stammenden Brüder Questenberg, von denen der eine in den betreffenden Jahren Reichshofratssekretär, dann Reichshofrat, der andere Hofkriegsratssekretär war. Die beiden Questenberg empfahlen zwischen 1624

und 1626 in Wien nachweislich mindestens neun der elf Kölner Bewerber als gute Bekannte oder sogar Verwandte für eine Präsentation zum kaiserlichen RKG-Beisitzer oder zum RKG-Assessor des Österreichischen Kreises. Bezeichnenderweise reagierte das Kameralkollegium auf diesen anbrandenden ‚Kölner Klüngel‘ schließlich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mit Aversion und Zurückweisungen, vor allem unter Hinweis auf ein drohendes Übergewicht von aus dem Niederrheinischen Kreis stammenden RKG-Beisitzern.

In dem beschriebenen Fall führten Landsmannschaft und Bekanntschaft zunächst einmal „nur“ zur Erlangung einer RKG-Präsentation. Dieselben Beziehungsformen konnten aber auch für diejenigen Juristen äußerst nützlich werden, die sich bereits eine RKG-Präsentation erobert hatten und nun im Prüfungsverfahren dem Kameralkollegium ihre Eignung zum RKG-Assessor beweisen mußten. So mancher Kandidat erweckte nämlich bei seinen gestrengen Prüfern von vornherein ohne eigenes Zutun dadurch einen guten Eindruck, daß er im Kameralkollegium unter den bereits amtierenden Beisitzern einen Fürsprecher besaß, der ihm zum Beispiel als Studienfreund oder als Amtskollege in einer reichsfürstlichen Justiz- und Verwaltungsbehörde oder einfach auf Grund gemeinsamer landsmannschaftlich-sozialer Herkunft von früher her gut bekannt war und der die persönlichen sowie fachlichen Eigenschaften des Aspiranten gegenüber seinen Wetzlarer Richterkollegen lobend hervorheben konnte. Dank solcher mitten ins RKG hineinführender Beziehungskanäle erlangte ein Prüfling unter Umständen nicht nur atmosphärische Vorteile. Das zeigt sich in all denjenigen Fällen, in denen ein RKG-Präsentatus für das Kameralkollegium ein völliger Niemand war, weil im Vorfeld der eigentlichen Examen keine informellen Informationen über seine Familie, seine persönlichen und beruflichen Qualitäten vorlagen. Mit solchen Kandidaten wurde häufig kritteliger verfahren als mit anderen, über die das RKG bereits im Bild war. Natürlich hätte das Kameralkollegium, auf diesen Sachverhalt hin befragt, die Rolle der hier angesprochenen informellen Empfehlungen weit von sich gewiesen und mit voller Überzeugung betont, daß nur das Ergebnis der Examen für den Prüfungserfolg ausschlaggebend war. Nichtsdestoweniger kann das subtile Wirken solcher Beziehungen im Rahmen eines Präsentationsverfahrens nicht hoch genug in Rechnung gestellt werden.

Die verschiedenen Formen mobilitätswirksamer sozialer Beziehungen und Verflechtungen – so muß das Fazit lauten – nahmen also unter den sozialen Vorleistungen, die vor und neben aller fachlichen Kompetenz von einem aufstiegsorientierten Juristen im Zuge seiner Vorkarriere und besonders beim Griff nach einem RKG-Assessorat erbracht werden mußten, einen überdimensional großen Raum ein. Und zwar mußte es sich um hochwertige Beziehungen handeln, die genügend Schubkraft besaßen, einen Juristen bis auf eines der höchsten Richterämter im Alten Reich zu katalysieren. Beziehungen dieser Qualität waren fast ebenso knappe Güter wie die juristischen Spitzenpositionen selbst, zu denen die RKG-Assessorate gehörten. Das Gerangel mehrerer fachlich etwa gleich qualifizierter Juristen um eine RKG-Präsentation kann daher häufig als ein Wettlauf um Beziehungen, Protektion und Empfehlungen interpretiert werden. Die Quellen sind in dieser Hinsicht naturgemäß gern verschwiegen, gewähren aber doch immer wieder einen Blick hinter die Kulissen. In der ständi-

schen Gesellschaft, in der rein leistungsorientierte Selektionsinstrumente noch keine Monopolstellung hatten, hing deshalb unendlich viel davon ab, über potente Beziehungen verfügen zu können oder sich solche möglichst schon während der Ausbildung und im Zuge der Vorkarriere oder spätestens im Wettlauf um eine RKG-Präsentation zu verschaffen. Die Fälle Ullheimer und Leykam haben gezeigt, daß auch soziale Aufsteiger einflußreiche Patrone finden und von dieser Beziehung im Sinne einer wirklich verändernden sozial-beruflichen Mobilität bis hin zur Erlangung einer RKG-Präsentation profitieren konnten. In der Regel waren jedoch aufstrebende Juristen aus Gesellschaftsschichten mit geringerer Affinität zur Sphäre der Mächtigen im Wettlauf um karriereträchtige Beziehungen benachteiligt, weil sie sich in ein mobilitätswirksames Beziehungssystem erst einmal hineinkämpfen mußten. Dagegen hatten Juristen, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft Beziehungskanäle bereits vorfanden und im Zuge ihres persönlichen Aufstiegs nur noch verfolgen mußten, von vornherein Karrierevorteile. Der mobilitätsrelevante Faktor „Beziehungen“ stand der Durchsetzung des Prinzips der Chancengleichheit bei der Rekrutierung von RKG-Assessoren, wie man sie sich angesichts der leistungsorientierten Normen der Kameralgesetze hätte erwarten können, also hemmend im Wege. Was die Startchancen der einen verbesserte, konnte für die anderen trotz gleicher juristischer Qualifikation zum schwer überwindbaren Mobilitätshindernis werden und relativierte die oben erläuterte formale Offenheit des Kameralkollegiums für Mobilitätsprozesse. Diese Situation trifft besonders auf die ständische Gesellschaft des 18. Jahrhunderts zu. Denn diese Spätphase des Alten Reiches ist durch einen Prozeß zunehmender sozialer Verdichtung und Verflechtung charakterisiert, der auf der Ebene der Reichs- und Territorialbehörden zur Herausbildung eines in mehreren Generationen gewachsenen, immer dichter und großflächiger werdenden Netzwerks vielfach miteinander verwandter und bekannter Juristenfamilien führte. In dieser bereits etablierten juristischen Funktionselite herrschte naturgemäß ein Hang zur Oligarchisierung und Exklusivität. Angesichts einer nicht beliebig vermehrbaren Anzahl juristischer Spitzenpositionen wie der RKG-Assessorate wurden die eingespielten Sozialbeziehungen von diesen Kreisen vorzugsweise zur Selbstrekrutierung genutzt, was die Mobilitätschancen von Außenseitern und Aufsteigern verminderte. Karrieregünstige soziale Herkunft und Verfügung über mobilitätswirksame Beziehungen waren nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Angesichts dieses Sachverhalts muß es als eine besonders hohe Leistung gewertet werden, wenn es Aufsteigern doch immer wieder gelang, den Sprung auf ein RKG-Assessorat zu schaffen.

6. Akademische Grade und Nobilitierungen

Bei einer letzten Kategorie von Mobilitätselementen haben wir es ausschließlich mit der Gruppe der bürgerlich/neuadligen Juristen unter den späteren RKG-Assessoren zu tun. Es geht um den juristischen Doktor- oder Lizentiatengrad einerseits, Adelsprädikate andererseits – Aushängeschilder, die der sozialen Umwelt signalisier-

ten, daß der Träger dieser Titel bereits mit Erfolg ein Stück auf dem Weg nach oben zurückgelegt hatte, und die ihm zugleich Zugang zu weiteren Mobilitätsstufen eröffneten. Der Wertwandel, dem akademische Grade und Nobilitierungen in den letzten anderthalb Jahrhunderten des Alten Reiches unterworfen waren und der ihren Stellenwert zueinander zugunsten einer Höherbewertung der Adelstitel veränderte, weisen auf soziale Wandlungsprozesse in der ständischen Gesellschaft hin, die auch im Rahmen der hier erörterten Zugangsmobilität, speziell im Präsentations- und Prüfungsverfahren, eine wichtige Rolle spielten und die aus dem 16. Jahrhundert stammende RKG-Personalverfassung im 18. Jahrhundert zeitweise einer großen Belastungsprobe aussetzten.

Im 16. und auch noch im ganzen 17. Jahrhundert hatte es in den landesfürstlichen Zentralbehörden wohl keinen bürgerlichen gelehrten Rat, an den höheren Gerichten keinen Anwalt, in den Juristenfakultäten der Universitäten keinen Professor, in den Reichsstädten keinen Syndikus gegeben, der nicht den juristischen Doktor- oder Lizentiatengrad erworben hatte. Dementsprechend waren damals Juristen bürgerlicher Herkunft, die auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden, mit Selbstverständlichkeit bereits promoviert, wenn sie sich zur Ablegung des General- und Spezialexamens am RKG einstellten. Der juristische Doktor- oder Lizentiatengrad signalisierte in der Frühzeit der Rezeption des römischen Rechts zweierlei: den Vorsprung an voller juristischer Universitätsausbildung nicht nur gegenüber der Masse der Studenten, sondern vor allem auch gegenüber den altadligen fürstlichen Räten, die in der Mehrzahl die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt und sich dem Zwang zum akademischen Studium noch nicht unterworfen hatten; ferner das Postulat auf soziale Gleichstellung der bürgerlich-promovierten Juristen mit den juristisch nicht oder weniger qualifizierten Räten aus dem alten niederen Adel. Unter dem Druck der bürgerlichen Konkurrenz absolvierten nun im Laufe des 16. Jahrhunderts die karrierebewußten unter den ritterbürtigen Adligen in steigendem Maße ebenfalls ein volles juristisches Studium. Nur die wenigsten dieser altadligen Juristen weltlichen Standes ließen sich allerdings im Wettbewerb mit den bürgerlich-gelehrten Juristen auch promovieren. Vielmehr bildete sich als Faustregel heraus, daß Altadligen, die in fürstlichen Diensten oder in den obersten Reichsbehörden Karriere machen wollten, zwar nicht die juristische Universitätsausbildung, wohl aber mit Rücksicht auf ihren Geburtsstand die Annahme eines juristischen Grades erspart blieb. Diesen Trend spiegelte die Reichskammergerichtsordnung von 1555 wider, wenn sie hinsichtlich Studium und Vorkarriere zwischen bürgerlichen und ritterbürtigen Aspiranten auf ein RKG-Assessorat keinen Unterschied mehr machte. Beide mußten rechtsgelehrt sein, aber nur die RKG-Präsentati bürgerlicher Herkunft mußten zusätzlich auch den Doktor- oder Lizentiatengrad vorweisen. Ihren endgültigen Abschluß fand diese für die territorialen Zentralbehörden vorbildhafte Entwicklung hin zur Ausformung des Kameralkollegiums zu einem zwar nicht in geburtsständischer, aber in juristisch-technischer Hinsicht homogenen Gremium hochqualifizierter Berufsjuristen 1570, als für die ritterbürtigen ebenso wie für die bürgerlich-graduierten RKG-Präsentati ohne Unterschied die Proberelation eingeführt wurde. Endgültig seit diesem Zeitpunkt hatte der den bürgerlichen RKG-Präsentati abverlangte juristische Grad nur noch die Funktion, als soziales Äquivalent für

die mangelnde Ritterbürtigkeit zu dienen. Über eine bessere juristische Qualifikation sagte er zumindest nach dem Buchstaben der Kameralgesetze nichts mehr aus.

Bei diesem gesetzlichen Zustand beließ es die Kameralverfassung bis zum Ende des Alten Reiches. Auch an der offiziellen Interpretation, wonach der für die nicht ritterbürtigen RKG-Assessoren vorgeschriebene juristische Grad „quasi in surrogatum Nobilitatis“¹¹ bewertet wurde, hielten die Kameralschriftsteller und zumindest nach außen hin auch das Kameralkollegium selbst bis zur Auflösung des RKG im Jahre 1806 fest. Für einen aufstiegsbewußten Juristen, der ein RKG-Assessorat erlangen wollte, jedoch nicht aus altem Adel stammte, das heißt keine vier ritterbürtigen Ahnen vorweisen konnte, blieb der juristische Doktor- oder Lizentiatengrad also bis 1806 ein unumgängliches Mobilitätsvehikel.

Auf Grund dieser Regelung wurde das RKG jedoch immer mehr zu einer einsamen Insel inmitten einer Welt gegenläufiger Entwicklungen. Denn schon im Laufe des 16. und vollends im 17. Jahrhundert zeichnete sich außerhalb des RKG ab, daß sich der Anspruch der bürgerlich-graduierten Juristen auf soziale Gleichstellung mit dem ritterbürtigen Adel auf Dauer nicht hatte durchsetzen können. Der juristische Doktor- oder Lizentiatengrad wurde immer weniger und schließlich gar nicht mehr als Äquivalent für altadlige Herkunft akzeptiert. Der – hier 1662 seitens ihres Präsentationshofs auf einen altadligen und einen bürgerlich-promovierten RKG-Präsentatus angewandte – Grundsatz, daß „dem NB. ritterbürtigen Adl vor dem gelehrten Standt die praecedenz gebürt“¹², gewann die Oberhand. Fühlbar wurde diese Abwertung des juristischen Grades weniger in jenen Berufsfeldern, in denen sowieso die Juristen bürgerlicher Herkunft dominierten und wo die Promotion als Eingangsvoraussetzung für die einzuschlagende Laufbahn von seiten ihrer Aspiranten nie in Frage gestellt wurde, so vor allem in den Juristenfakultäten der Universitäten oder auch in der Gruppe der RKG-Advokaten und Prokuratoren. Am spürbarsten wurde die skizzierte Entwicklung vielmehr dort, wo Juristen aus beiden ständischen Kategorien in ein und demselben Ratskollegium zusammensaßen. Folgerichtig setzte sich zuerst und vorrangig gerade auch in diesem Berufsbereich ein neuer Trend durch: Für die Aufnahme eines nicht ritterbürtigen Juristen in die landesherrlichen Zentralbehörden war spätestens seit dem 18. Jahrhundert der Doktor- oder Lizentiatengrad nicht mehr zwingend erforderlich. Auch die Reichshofratsordnung von 1654, die also hundert Jahre jünger war als die Reichskammergerichtsordnung von 1555 und daher moderne Entwicklungen berücksichtigen konnte, sprach neben Reichshofräten aus hohem und rittermäßigem Adel von „graduirten oder sonsten gelehrten ... Personen“¹³, ließ also im Gegensatz zum RKG fachlich qualifizierte Juristen bürgerlicher Herkunft zum Reichshofrat zu, ob sie nun promoviert waren oder nicht.

¹¹ *Johann Heinrich Christian v. Selchow* (Hg.), *Concepte der Reichskammergerichtsordnung auf Befehl der jüngsten Visitation entworfen*, Tl.1 (Göttingen 1782) 7.

¹² Kaiser Leopold I. an das RKG, Preßburg, 17.8.1662 (ursprüngliche, nicht verwendete Fassung des Präsentationsschreibens für Emmerich Friedrich Freiherrn von Walderdorff), Konz.: Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Reichskanzlei – RKG-Visitationsakten 380a.

¹³ Reichshofratsordnung von 1654 Tit. 1 § 1, in: *Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit*, bearb. von *Karl Zeumer* (Quellensammlungen

Und die um den Preis ihrer Aufstiegsbemühungen gebrachten graduierten bürgerlichen Juristen zogen aus der Abwertung des teuer erworbenen Doktor- oder Lizentiatengrades ihrerseits die Konsequenzen. Motiv und Ziel der Neuorientierung innerhalb dieser Gruppe brachte der 1661 zum kaiserlichen RKG-Assessor präsentierte, jedoch im Prüfungsverfahren gescheiterte oberösterreichische Regimentsrat Dr. Jakob Hueber zum Ausdruck, dem 1653 das Prädikat „von Tyerberg“ erteilt worden war. Hueber alias von Tyerberg ersuchte 1673 beim Kaiser um Erhebung in den Ritterstand, unter anderem weil er mit Hilfe der Nobilitierung zu einer vorteilhaften zweiten Heirat zu kommen erhoffte, und weil „der gradus Doctoratus oder Standt und Titl sogar bei den nobilibus, ob sye schon nit gar aus den alten Gschlechtern, so geringschezig und verächtlichen, als wan einer gleichsamb nur ein Handtwercker oder Cramer were“, angesehen werde¹⁴. Wie Hueber alias von Tyerberg erwarben vereinzelt schon im 16., verstärkt aber erst seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bürgerliche Juristen, vor allem landesfürstliche Räte aus den Zentralbehörden, zusätzlich zum juristischen Grad ein Adelsdiplom. War die Nobilitierung erst einmal erlangt, wurde der Doktor- oder Lizentiatentitel von seinem frisch geadelten Träger möglichst verschwiegen, solange er sich nicht – zum Beispiel als RKG-Präsentatus im Generalexamen – als Graduierter qualifizieren und damit den Offenbarungseid leisten mußte.

Bürgerliche Juristen und spätere RKG-Präsentati dieses Typs, die sich zunächst noch die traditionellen akademischen Würden verleihen, dann aber nobilitieren ließen, gab es bis zum Ende des Alten Reiches. Aber ihre Zahl ging immer mehr zurück. Im Gegenzug dazu wuchs etwa seit Ende des 17. Jahrhunderts die Zahl derer, die nach Abschluß ihres Studiums von vornherein auf die juristische Promotion verzichteten und dafür im Zuge ihrer (Vor-)Karriere in landesherrlichen Diensten, vor allem als Räte in den territorialen Oberbehörden, ihre Mobilitätsanstrengungen nunmehr ausschließlich auf die Nobilitierung richteten. Denn der früher so angesehene Doktor- oder Lizentiatengrad war ja in vielen Berufsfeldern nicht mehr erforderlich, verlor außerhalb der Universitäten immer weniger soziales Prestige und war damit als Mobilitätsvehikel nur noch begrenzt tauglich. Die alten sozialen Funktionen des juristischen Grades wurden vom Adelstitel übernommen. Er diente zur Demonstration des bereits Erreichten, war aber zugleich eine Zukunftsinvestition, weil sich mit der Nobilitierung die Erwartung weiteren beruflichen und sozialen Aufstiegs verband. Dabei hoffte der Neunobilitierte auch, auf diesem neuen Wege sich der Welt des alten Geburtsadels anzunähern, von ihm akzeptiert und – im Zuge eines zumeist längerfristigen Prozesses – möglichst auch in ihn integriert zu werden. Was die Erhebung in den Adelsstand im Extremfall bedeuten konnte, wird besonders an Juristen und späteren RKG-Assessoren sichtbar, deren Biographien von hoher intragenerationaler Mobilität gekennzeichnet sind. So ließ sich der Mainzer Kutschersohn Franz Georg Leykam, der die Universität ohne juristische Promotion verlassen hatte, gleich am Anfang seiner Vor-

zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht 2, Tübingen ²1913) 443; ebenso auch schon die nicht rechtsverbindlich gewordene Reichshofratsordnung von 1617 Tit. 1 § 1, in: Die Ordnungen des Reichshofrates 1550–1766, 1. Halbband bis 1626, eingel. und hg. von Wolfgang Sellert (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 8/I, Köln–Wien 1980) 159.

¹⁴ Verwaltungsarchiv Wien, Hofadelsakt Tyerberg 1673.

karriere als fürstbischöflich paderbornischer Hofrat fast gleichzeitig mit seiner bereits erwähnten höchst mobilitätsfördernden Heirat durch ein kaiserliches Adelsdiplom nobilitieren, womit nicht nur nach seiner eigenen Intention, sondern auch nach Einschätzung Außenstehender das „vitium primae originis wieder sanirt“, der Makel seiner Herkunft also ausgelöscht war¹⁵.

Daß die arrivierten Juristen bürgerlicher Herkunft als Reaktion auf die Abwertung der juristischen Grade sich im Rahmen ihrer Aufstiegsbemühungen vor allem seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verstärkt auf die Erlangung eines Adelsbriefs konzentrierten, erhellt die Besonderheit der Verhältnisse im Alten Reich gegenüber denen im frühneuzeitlichen Frankreich. Denn dort konnten, sanktioniert durch königliche Edikte, die Inhaber bestimmter höherer Justiz- und Verwaltungsämter schon allein durch deren Kauf und Ausübung für sich und ihre Familien einen nicht nur persönlichen, sondern erblichen (neuen) Adel begründen, ohne zusätzlich auch noch der Verleihung eines königlichen Adelsbriefs zu bedürfen¹⁶. Dagegen hat es dieses Rechtsinstitut der „noblesse de robe“ im Reich entgegen mancher zeitgenössischer Ansprüche sowie mißverständlicher Formulierungen oder falscher Behauptungen in der älteren und neueren Literatur nicht gegeben¹⁷. Zwar wurden die den bürgerlichen Juristen zugänglichen höheren Positionen, vor allem fürstliche Ratsbedienungen, RKG-Assessorate, Reichshofratsstellen und entsprechende Funktionen, als Ämter bewertet, aus denen der betreffende bürgerlich geborene Amtsträger für sich einen personaladligen oder richtiger quasi-adligen Status ableitete, worin er auch von seiner Umwelt akzeptiert wurde. Dies erklärt zum Beispiel, daß sich arrivierte bürgerliche Juristen, auch spätere RKG-Assessoren, mit „von“ titulierte und titulieren ließen, ohne schon oder sogar ohne jemals ein Adelsdiplom erlangt zu haben. Ein höheres Amt allein und der damit verbundene Zuwachs an Sozialprestige, gekoppelt zumeist mit anderen Mobilitätselementen wie Vermögen und vorteilhaften Heiratsverbindungen, reichten jedoch im Alten Reich anders als in Frankreich zur Konstituierung eines wirklichen Adels im rechtlichen Sinne, der parallel zu den Verhältnissen im alten Geburtsadel auf die direkten Nachkommen vererbbar war und an den sich Privilegien des adligen Standes, wenn auch noch nicht die des ritterbürtigen Adels, knüpften, nicht hin. Dazu bedurfte es im frühneuzeitlichen Reich vielmehr zwingend eines Adelsdiploms, eben der Nobilitierung, die auf entsprechendes Gesuch und gegen Gebührenzahlungen an die expedierende Kanzlei in der Regel vom Kaiser oder von den Reichs-

¹⁵ Votum des RKG-Assessors Harpprecht 7.4.1753, BAF, RKG IV B 2/11 neufol. 378v.

¹⁶ Daß in Frankreich solche „doppelten Nobilitierungen“ sowohl durch Kauf und Ausübung eines an sich schon adelndes Amtes als auch zusätzlich noch durch Erwerb eines königlichen Adelsbriefs vorkamen, zeigt der in diesem Band abgedruckte Tagungsbeitrag von George Huppert. Die folgenden Ausführungen verdanken Hupperts Referat zahlreiche Anregungen.

¹⁷ Dies betonte auch *Klaus Malettke* in seinem Diskussionsbeitrag; s. auch schon *ders.*, Ämterkauf und soziale Mobilität: Probleme und Fragestellungen vergleichender Forschung, in: *Ämterkäuflichkeit: Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich (17. und 18. Jahrhundert)*, hg. von *Klaus Malettke* (Einzerveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 26, Berlin 1980) 22f.; *Raimund J. Weber*, Artikel „Noblesse de robe“, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte* Bd. 3 (Berlin 1984) 1019–1023.

vikaren verliehen wurde. Zugespitzt gesagt: Ein beruflich und sozial erfolgreicher Jurist bürgerlicher Herkunft konnte zwar, wie es in den Meritenkatalogen der Adelsdiplome häufig heißt, adlige Qualitäten erworben haben, aber erst durch ein Adelsdiplom wurde er adlig, und zwar im Gegensatz zum alten Geburtsadel neu- oder briefadlig.

Der geschilderte Tatbestand läßt sich aus der gesamten Nobilitierungspraxis im Alten Reich, dokumentiert vor allem in den zahlreichen Adelsdiplomen und den ihnen zugrunde liegenden Gesuchen, erschließen, wird aber auch expressis verbis in zeitgenössischen Aussagen formuliert. Darüber hinaus waren auf der Rennstrecke sozialer Mobilität Hürden aufgestellt, bei deren Überwindung sich zeigte, daß für den Aufstieg eines bürgerlich Geborenen in die deutsche Adelshierarchie das Adelsdiplom unabdingbar war. Zu diesen Feuerproben gehörte das von der Reichsritterschaft entwickelte Verfahren, neue Mitglieder zu rekrutieren. Zwar war das reichsritterschaftliche Korpus aus Opportunitätsgründen bereit, hochrangigen und einflußreichen Amtsträgern einzelne Rezeptionsbedingungen wie die Zahlung von Aufnahmegebühren oder die Vorlage eines Stammbaums zu erlassen. Aber in einem Punkt gab es keinen Dispens: Niemand wurde ohne vorherige Vorlage eines von ihm selbst oder einem direkten Vorfahren erworbenen Reichsadelsdiploms in die Reichsritterschaft rezipiert, es sei denn, er stammte aus einem notorisch alten stiftsfähigen Adelsgeschlecht.

Natürlich gab es – übrigens auch im Kreis späterer RKG-Assessoren und nicht rezipierter RKG-Präsentati! – betrügerische Manipulationen, Fälle, in denen Juristen, Militärs oder Männer aus ähnlich „anfälligen“ Berufsfeldern sich zur Beförderung ihres beruflich-sozialen Aufstiegs einen neuen oder sogar alten Adel anmaßten, ohne daß sie selbst oder ein direkter Vorfahr per Diplom in den Adelsstand erhoben worden wären. Aber solche und andere Ausnahmen bestätigen die Regel, und wenn von offizieller Seite aus gegebenem Anlaß zum Beweis der angeblichen Adelsqualität die Vorlage eines Adelsdiploms verlangt wurde, flog der Schwindel auf.

Aus dem hier nur in aller Kürze umrissenen Sachverhalt ergibt sich, daß im Rahmen des Alten Reiches auf die Anwendung der Begriffe „noblesse de robe“, Amtsadels oder Beamtenadel verzichtet werden sollte, um falsche Parallelisierungen mit sozialgeschichtlichen Phänomenen im frühneuzeitlichen Frankreich zu vermeiden. Hingegen lassen sich zahlreiche Ähnlichkeiten konstatieren hinsichtlich der Methoden bürgerlich geborener Amtsträger, ihren – sei es nun allein durch Ämter oder auch durch „lettres de noblesse“ wie in Frankreich, sei es nun ausschließlich durch Diplome wie im Reich erlangten – neuadligen Status zu verbrämen und sich den Schein des wirklich „uralten“ Adels zuzulegen, um die Spuren der bürgerlichen Abstammung zu verwischen und einen noch höheren Mobilitätsgewinn zu erzielen. Zu diesem Zweck begnügten sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts viele beruflich und sozial erfolgreiche Juristen, darunter während seiner Vorkarriere auch so mancher spätere RKG-Assessor oder nicht rezipierte RKG-Präsentatus, nicht damit, als Krönung ihres bisherigen Aufstiegs eine einfache Erhebung in den Adelsstand zu beantragen. Denn bei diesem per Diplom erworbenen Adel handelte es sich ja eben nur um einen neuen Briefadel, nicht um einen alten Geburtsadel, und die in den Adelsdiplomen enthaltene stereotype Formel, wonach dem Nobilitierten vier adlige Ahnen väterlicher- und müt-

terlicherseits verliehen wurden, war ohne Wert. Das bedeutete zum Beispiel: Allein auf Grund einer einfachen Standeserhöhung wurde kein Diplommempfänger bürgerlicher Herkunft und in der Regel auch noch nicht sein Sohn auf der adligen Bank eines fürstlichen Ratskollegiums plazierte, die den wirklich Ritterbürtigen vorbehalten sein sollte. Mit Hilfe eines usurpierten alten Adels wurde dieses im 18. Jahrhundert sehr prestigeträchtige Mobilitätsziel jedoch schon eher erreicht, und zwar in Territorien, in denen es die maßgeblichen Instanzen in den Zentralbehörden mit der Überprüfung der Adelsqualität nicht so genau nahmen.

Um also trotz bürgerlicher Herkunft in den Genuß solcher oder entsprechender altadliger Vorrechte und Berufsvorteile zu kommen, um – zum Beispiel durch Eheschließungen – die Integration in den alten Geburtsadel zu beschleunigen oder aus sonstigen mobilitätsorientierten Beweggründen ersuchten arrivierte bürgerliche Amtsträger nicht selten statt der einfachen Nobilitierung um eine Bestätigung ihres vorgeblichen alten Adelsstands und eventuell zusätzlich noch um erneute Erhebung, „soweit nötig“. Angesichts der Zwickmühle, diese Form des Diplomantrags rechtfertigen zu müssen, andererseits aber keine wirklich authentischen Beweise für den behaupteten, von ihrer Familie vormals oder kontinuierlich besessenen alten Adel vorlegen zu können, erfanden diese Antragsteller, die als Juristen doch der Wahrheitsfindung dienen sollten, in ihren Gesuchen wider besseres Wissen mehr oder weniger fadenscheinige Adelslegenden und scheuten im Extremfall auch vor Urkundenfälschungen nicht zurück. Bevorzugte Versatzstücke in solcher „Beweisführung“ waren: Verlust von beweiskräftigen Familiendokumenten infolge von zumeist während eines Krieges erlittenen Brandschäden; Verlust der einstmals im Besitz der Familie befindlichen adligen Güter, ebenfalls als Folge von Kriegsdrangsalen; dadurch Verarmung der Familie und zeitweiliger Adelsverlust sowie Hinwendung zu bürgerlichen Berufen; oder: im Rahmen von Religionsverfolgungen Vertreibung der Familie aus ihrer angestammten, möglichst ins ferne Ausland verlegten Heimat. Vor allem der Dreißigjährige Krieg mußte immer wieder dazu herhalten, die Erfinder solcher Adelslegenden in ihrer Beweisnot zu entlasten. All diese und ähnliche Fiktionen waren dazu geeignet, Nachprüfungen oder die Beibringung etwa abverlangter Beweise unmöglich zu machen. Da die Reichshofkanzlei oder die Kanzleien der Reichsvikare aus finanziellen Gründen vorrangig an der Quantität der ausgestellten Adelsdiplome, erst in zweiter Linie an ihrem Wahrheitsgehalt interessiert waren, wurden die in den Gesuchen um Bestätigung des „alten“ Adels und gegebenenfalls um erneute Adelserhebung aufgestellten Behauptungen meist nur im Fall allzu eklatanter Legendenbildung einer kritischen Redaktion unterworfen, so daß nur die einigermaßen glaubwürdigen Passagen in das Diplom eingingen. So wurde zum Beispiel der bereits erwähnte Baderenkel und spätere RKG-Assessor Heinrich Friedrich Lebrecht Autenried ein Opfer der allzu unwahrscheinlichen Geschichte seiner angeblichen Abstammung von einer alten freiherrlichen Familie. Die Reichshofkanzlei gestand ihm 1781 nur eine schlichte Erhebung in den Reichsadelstand zu. Vielfach wurden die phantasievollen Behauptungen und Vermutungen aber auch wortwörtlich oder doch nur leicht korrigiert in die Diplome übernommen. Damit waren sie für alle Zeiten urkundlich festgeschrieben, ihr Wahrheitscharakter von höchster Stelle beglaubigt. Nur die zumeist konjunktivische Einkleidung der be-

treffenden Diplompässagen („sollen ... sein“) ließ der expedierenden Kanzlei ein Hintertürchen offen und stellte dem Leser des Diplomtextes anheim, sich seine eigenen Gedanken über die Stichhaltigkeit der Adelslegenden zu machen. Dieser Aufgabe wurden spätere Genealogen keineswegs immer gerecht, weil sie nicht durchschauten oder nicht durchschauen wollten, daß es sich bei dieser Art von Adelsbestätigungen und -erneuerungen in Wirklichkeit um reine erstmalige Nobilitierungen handelte.

Die übrigens auch bei bereits etablierten RKG-Assessoren nachweisbare Methode, nicht einfach um Erhebung in den (Brief-)Adelsstand nachzusehen und damit die bisherige bürgerliche Standesqualität zuzugeben, sondern sich per Reichsadelsdiplom einen angeblich alten Geschlechtsadel bestätigen und zusätzlich eventuell noch erneut verleihen zu lassen, ordnet sich in dieselbe Tendenz ein wie andere aufsteigertypische Usancen. Dazu gehörte zum Beispiel, einen nicht sehr vorzeigbaren, weil in den besseren Kreisen mit Geringschätzung betrachteten Vaterberuf zu verschweigen oder euphemistisch zu umschreiben. So bezeichnete der Bierbrauersohn Beurieux als RKG-Präsentatus im Generalexamen seinen Vater einfach als „civis Moguntinus“. Beurieux hatte sich übrigens einige Jahre zuvor noch als markgräfllich badischer Geheimer Rat in seinem Reichsadelsdiplom festschreiben lassen, daß seine in Burgund und Brabant beheimateten älteren Vorfahren vermutlich (!) adligen Herkommens gewesen und deren Nachkommen durch widrige Schicksale in bürgerliche Verhältnisse abgesunken, jedoch jederzeit auf Wiedererlangung ihres vermutlichen früheren Adels bedacht gewesen seien. Die Maurersöhne Johann Georg Neureuter und Johann Adam (Freiherr von) Schroff (1747–1754 RKG-Präsentatus des Bayerischen Kreises) beförderten in derselben Situation ihre Väter zum „architectus“¹⁸. Auch wurden anfängliche Karriere-schwierigkeiten von auf ein RKG-Assessorat präsentierten Aufsteigern im Generalexamen oder bei anderer Gelegenheit meistens unterschlagen oder überspielt. Das heißt: Der tatsächlich vorhandene und vollzogene Aufstieg wurde von den Trägern dieser Mobilitätsprozesse maskiert und verleugnet, wenn sie auf dem Weg nach oben reussiert hatten. All diese Verhaltensweisen trugen dazu bei, der ständischen Gesellschaft den Charakter prinzipieller Statik und scheinbarer Undurchlässigkeit zu verleihen, obwohl es in ihr in Wirklichkeit trotz zahlreicher Hemmnisse einen nicht unbe-trächtlichen Grad an realer sozialer Mobilität gab.

Ähnlich wie solche Usurpatoren bürgerlicher Herkunft, die sich einen Adel anmaßten, ohne jemals durch einen Adelsbrief nobilitiert worden zu sein, stießen im Alten Reich auch diejenigen, die sich ohne Rechtsgrundlage per Diplom einen angeblich alten Adel bestätigen oder erneuern ließen, in bestimmten Situationen auf die Grenzen ihrer hochgespannten Bemühungen, nämlich wenn sie versuchten, gestützt auf die mehr oder weniger fadenscheinigen Diplomformulierungen Vorrechte für sich zu beanspruchen, die nur den wirklich Ritterbürtigen vorbehalten waren. Als eine dieser Kontrollinstanzen ist hier nochmals die Reichsritterschaft zu nennen, die im 18. Jahr-hundert in ihren Rezeptionsstatuten hinsichtlich der Aufnahmebedingungen klar zwi-

¹⁸ Generalexamen Beurieux 16.5.1726, BAF, RKG IV C 15 fol. 68r/1726; Generalexamen Schroff 15.7.1747, BAF, RKG IV B 2/10 neufol. 102v–103v; Generalexamen Neureuter 23.10.1753, BAF, RKG IV B 2/11 neufol. 396.

schen alt- und neuadligen Rezipienten unterschied. Aus den Rezeptionsakten sind mehrere Fälle, auch von RKG-Assessoren, bekannt, in denen die Reichsritterschaft sich weigerte, der in einem kaiserlichen Adelsdiplom verbrieften Adelslegende Glauben zu schenken und die behauptete altadlige Standesqualität auch noch im Rezeptionsdiplom festzuschreiben. Eine andere Situation, in der der behauptete und urkundlich mit dem Schein der Wahrheit versehene alte Adel seine Feuerprobe bestehen mußte, war das Präsentationsverfahren am RKG.

7. Die Normendiskussion über Ritterbürtigkeit und Graduierungspflicht

Wie oben bereits ausgeführt, hielten die Kameralgesetze bis zur Auflösung des RKG an der Vorschrift fest, daß nur ein wirklich altadliger, ritterbürtiger RKG-Präsentatus keinen juristischen Grad erworben zu haben brauchte. In diese Kategorie fiel im 18. Jahrhundert auch schon eine kleine Zahl von Juristen, deren Familien schon vor mehreren Generationen per Diplom in den Adelsstand erhoben, durch Konnubium frühzeitig in den alten Adel integriert worden und damit nach den Maßstäben der Kameralgesetze nach einem gewissen Zeitraum ebenfalls als rittermäßig einzustufen waren. Jeder andere RKG-Präsentatus, der keine vier adligen Ahnen (Eltern sowie Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits) vorweisen konnte, mußte sich vor dem Kameralkollegium als „graduatus“ qualifizieren. Dies war eine Folge der Tatsache, daß die Kammergerichtsordnung von 1555 – angesichts der zur Zeit ihrer Entstehung vorfindlichen sozialen Realität völlig zutreffend – nur vom Typ des ritterbürtig-gelehrten Juristen einerseits, des bürgerlich-gelehrten und graduierten Juristen andererseits ausgegangen war und die Zwischenkategorie eines zwar rechtsgelehrten, aber nicht promovierten, sondern vielmehr nobilitierten RKG-Präsentatus noch nicht gekannt hatte. Da diese Kammergerichtsordnung von 1555 bis 1806 gültig blieb, andererseits aber als Reaktion auf die im Laufe des 17. Jahrhunderts immer spürbarer werdende Abwertung des Doktor- und Lizentiatengrades die arrivierten bürgerlichen Juristen ihre Mobilitätsanstrengungen immer stärker anstatt auf den Erwerb akademischer Titel auf die Nobilitierung, das heißt auf die Erlangung eines Adelsdiploms, richteten, mußte es im Kielwasser des skizzierten Wandlungsprozesses für eine immer größere Zahl von Juristen bürgerlicher oder neuadliger Herkunft zu Konflikten zwischen zwei unterschiedlichen Wertesystemen kommen, sobald sie auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden. Denn in der Situation des reichskammergerichtlichen Präsentations- und Prüfungsverfahrens erlitten alle bisherigen Aufstiegsbemühungen, falls sie sich „nur“ auf die Erhebung in den Adelsstand beschränkt hatten, einen Rückschlag. Alle nicht kraft altadliger Herkunft, sondern erst in jüngerer Zeit durch ein Diplom erlangten Adelsprädikate vom einfachen „von“ bis zum Freiherrntitel, stolze Attribute abgelaufener Mobilitätsprozesse, waren in dieser Situation, in der einzig der juristische Doktor- oder Lizentiatengrad den Zugang zum RKG-Assessorat eröffnete, nichts wert. Es entstand die absurde Situation, daß ein durch Adelsdiplom Nobilitierter, der nach gängigem Sprachgebrauch adlig, eben „nobilis“ war, denselben Terminus als

RKG-Präsentatus nicht für sich beanspruchen konnte, weil die Bezeichnung „nobilis“ im Sinne der Kameralverfassung und nach der Terminologie der Kameralchriftsteller nur für den ritterbürtigen Edelmann stand, der den Nachweis von vier adligen Ahnen väterlicher- und mütterlicherseits erbringen konnte¹⁹.

Die geschilderte Konfliktlage trat erst mit Beginn des 18. Jahrhunderts ein. Erst seit 1701 meldeten sich in Wetzlar zunächst vereinzelt, dann in immer größerer Zahl solche auf ein RKG-Assessorat präsentierten Juristen zu den Examen, die zwar nobilitiert, also briefadlig waren, nicht jedoch den von der Kammergerichtsordnung erforderten Doktor- oder Lizentiatengrad besaßen. Da die briefadlige juristische Funktionselite in diesem letzten Jahrhundert des Alten Reiches die Annahme eines juristischen Grades immer mehr als ebenso unstandesgemäß und diskriminierend empfand wie der alte ritterbürtige Adel, löste diese Gruppe der nicht graduierten neuadligen RKG-Präsentati ein zähes Ringen um die Frage aus, ob überhaupt, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt sie die juristische Promotion noch nachzuholen hätten. Wert und Unwert des Doktor- und Lizentiatengrades standen dabei ebenso zur Diskussion wie die Definition der Begriffe „ritterbürtig“ und „nobilis“. Der Ausgang dieser Debatte, die erst Anfang der siebziger Jahre ihren endgültigen Abschluß fand, war für sämtliche briefadligen nichtpromovierten RKG-Präsentati von höchstem Interesse, vor allem aber für diejenigen, die sich auf dem Wege einer sogenannten Adelsbestätigung und -erneuerung durch ein kaiserliches oder Reichsvikariatsadelsdiplom ihren Anspruch auf angeblich altadlige Herkunft hatten verbriefen lassen und aus dieser behaupteten altadligen Standesqualität außerhalb des RKG bereits beruflichen und sozialen Profit gezogen hatten, zum Beispiel durch Plazierung auf der Ritterbank eines landesfürstlichen Ratskollegiums. Ihr ganzes Gebäude von Adelslegenden mußte zusammenbrechen, ja wurde geradezu als Lüge entlarvt, wenn das Kameralkollegium die fraglichen Passagen in den vorgelegten Adelsdiplomen und sonstigen entgegenkommend formulierten Dokumenten nicht für bare Münze nahm. In der Regel blieb das Kameralkollegium hart und stufte die betreffenden RKG-Präsentati nicht als ritterbürtig, das heißt als „nobilis“ im Sinne der Kameralverfassung ein, sondern verlangte von ihnen während des Prüfungsverfahrens die nachträgliche Annahme eines Doktor- oder Lizentiatengrades. Und ebenfalls in der Regel beugten sich diese nur dem Schein nach Altadligen ebenso wie die größere Zahl der offenkundig sowie zugestandenermaßen neunobilitierten, aber ebenfalls nicht graduierten RKG-Präsentati, wenn auch zähneknirschend, der Vorschrift der Kammergerichtsordnung und unterwarfen sich lange nach Abschluß ihres Studiums als Männer in Amt und Würden an einer Juristenfakultät noch der Prozedur des akademischen Promotionsrituals. Im Extremfall konnte der

¹⁹ Eine Ahnenprobe war am RKG – anders als bei den Dom- und Stiftskapiteln, die den Begriff „Ritterbürtigkeit“ im übrigen bekanntlich meist sehr viel restriktiver im Sinne von acht oder mehr ritterbürtigen Ahnen auslegten – nicht üblich. Nur in zweifelhaften Fällen verlangte das Kameralkollegium die Vorlage von Dokumenten, um feststellen zu können, ob ein RKG-Präsentatus seiner eigenen Angabe entsprechend wirklich als „nobilis“ im Sinne der Kameralverfassung passieren konnte oder ob er sich durch nachträgliche Promotion noch als „graduatus“ qualifizieren mußte.

Konflikt aber auch zum Scheitern einer Präsentation führen, wenn nämlich ein RKG-Präsentatus lieber an der Fiktion seiner altadligen Herkunft festhielt und den Abbruch seines Aufnahmeverfahrens in Kauf nahm als sich noch vor dem Abschluß seiner Fachprüfung auf die bloße Eventualität seiner Rezeption hin der Schmach einer nachträglichen Graduierung auszusetzen. Der behaupteten und per Diplom verbrieften altadligen Standesqualität wurde dann also Priorität eingeräumt vor dem Mobilitätsgewinn, den die Erlangung eines RKG-Assessorats bedeutet hätte.

Diejenigen aber, die sich der Norm der Kameralverfassung gebeugt und sich während des Prüfungsverfahrens nachträglich noch als Graduierte qualifiziert hatten, konnten nach ihrer Introduktion in das Kameralkollegium der Schonung gewiß sein: Im Gegensatz zu den beiden vorausgegangenen Jahrhunderten wird in den gedruckten RKG-Personalverzeichnissen des 18. Jahrhunderts kein einziger der nicht ritterbürtigen RKG-Assessoren mit dem Doktor- oder Lizentiatengrad titulierte, sondern nur mit seinem per Diplom erworbenen Adels- oder Freiherrnprädikat, so daß von den bloßen Titulaturen her kein Unterschied zwischen den wirklich Ritterbürtigen und den Briefadligen auszumachen war²⁰. Sogar den wenigen bürgerlich-graduierten Assessoren, die sich niemals nobilitieren ließen, so dem bereits erwähnten Bamberger Pedellensohn Joseph Ullheimer, wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts in den Personallisten der Kameralkalender wie seit längerem auch schon in den internen Plenarprotokollen der Titel „von“ beigelegt. Auf diese Weise verbreitete das Kameralkollegium von sich den Eindruck ständischer Undurchlässigkeit, Homogenität und Exklusivität, obwohl davon in Wirklichkeit angesichts der hier zusammenlaufenden zahlreichen Mobilitätsprozesse keine Rede sein konnte.

Die Debatte darüber, ob neuadligen sowie nur angeblich altadligen RKG-Präsentati noch die nachträgliche Annahme eines juristischen Grades zuzumuten sei oder nicht, gestaltete sich deshalb so kompliziert und langwierig, weil die Konfliktlinien nicht einfach zwischen den auf ein RKG-Assessorat präsentierten Juristen einerseits und dem jeweils amtierenden Kameralkollegium andererseits verliefen, sondern auch dieses reichsrichterliche Gremium selbst spalteten. Die RKG-Assessoren fühlten sich ja nicht nur kraft ihres Amtes zur Einhaltung der in der Reichskammergerichtsordnung und ergänzenden Kameralgesetzen verankerten Normen verpflichtet, deren Inhalt nur Kaiser und Reich als die eigentlichen Gesetzgeber revidieren konnten. Sie waren zugleich auch Mitglieder der ständischen Gesellschaft und als solche zutiefst von dem Bewußtsein des Wandels durchdrungen, dem das soziale Wertesystem im 18. Jahrhundert ausgesetzt war. Mehr noch, sie waren, was den Prestigeverlust des juristischen Grades und die Höherbewertung der Adelstitel betraf, in der Mehrheit auch persönlich Betroffene, denn im 18. Jahrhundert rekrutierten sich im Durchschnitt etwa Dreiviertel aller RKG-Assessoren und nicht rezipierten RKG-Präsentati aus bürgerlichen oder neuadligen Familien. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß im

²⁰ Dagegen wurde hinter den Namen der RKG-Advokaten und Prokuratoren, und zwar nicht nur bei den mehrheitlich bürgerlichen, sondern auch bei den wenigen briefadligen, in den gedruckten Personalverzeichnissen bis zur Auflösung des RKG vermerkt, daß sie Doktoren oder Lizentiaten der Rechte waren.

18. Jahrhundert die Mehrheit der RKG-Beisitzer die Ansicht vom gesunkenen Wert des Doktor- und Lizentiatengrades teilte und die von der Kammergerichtsordnung vorgenommene Klassifizierung in ritterbürtige Assessoren („nobiles“) einerseits, nicht ritterbürtige graduierte Assessoren andererseits als nicht mehr zeitgemäß bewertete. Folgerichtig brachte – je nach personeller Zusammensetzung des Kameralkollegiums – ein mehr oder weniger großer Teil der Beisitzer dem Versuch neuadliger oder angeblich altadliger RKG-Präsentati, sich dem Zwang zur Graduierung zu entziehen oder den Termin der nachträglichen Promotion möglichst bis zum erfolgreichen Ausgang des Prüfungsverfahrens hinauszuschieben, durchaus Verständnis entgegen. Die Konsequenzen, die die einzelnen Assessoren oder Assessorenfraktionen aus ihrer Lagebeurteilung zogen, waren allerdings höchst unterschiedlich. Sie reichten von der Bereitschaft zu Ausnahmeregelungen, vor allem zu einer großzügigeren Interpretation des Begriffs „Ritterbürtigkeit“, der auch die Neuadligen eingeschlossen hätte, bis hin zu dem normentreuen Standpunkt, daß das Kameralkollegium trotz der geänderten Zeitumstände bis zu einer gesetzlichen Neuregelung durch Kaiser und Reich auf der Graduierung der neuadligen RKG-Präsentati bestehen müsse, auch wenn dies für die Betroffenen noch so hart sei.

Die im Kameralkollegium verbreitete, von einzelnen Assessoren allerdings immer wieder bekämpfte Tendenz zu einer laxeren Auslegung der Kameralverfassung in der Frage von Ritterbürtigkeit und Graduierungspflicht kulminierte Mitte des 18. Jahrhunderts in der mehrfach zur Anwendung gelangten These, daß neuadlige RKG-Präsentati, die Söhne von RKG-Assessoren waren, eben deswegen vom nachträglichen Erwerb des noch fehlenden Doktor- oder Lizentiatengrades dispensiert werden dürften. Der Status als Assessorensohn sollte also den Mangel an altadliger Standesqualität kompensieren können. Diese durch die Kameralgesetze nicht gedeckte Bevorzugung der briefadligen Assessorensohne gegenüber anderen nicht ritterbürtigen RKG-Präsentati hing aufs engste mit dem Selbstverständnis der damaligen RKG-Beisitzer vom sozialen Rang ihres höchststrichterlichen Amtes zusammen. Nicht ohne Grund verliefen die Diskussionen über die Befreiung neuadliger Assessorensohne von der Promotionspflicht zeitlich parallel mit Erörterungen über den angeblich adelnden Charakter des Assessorenamts, vor allem über die Qualität dieses qua Amt erworbenen Adels, wobei in Anlehnung an die französischen Verhältnisse der „noblesse de robe“-Gedanke in verschiedenen Variationen durchgespielt wurde²¹.

Die Einsicht, daß die von der Kammergerichtsordnung 1555 vorgenommene und seitdem gültige Klassifizierung der RKG-Präsentati in Ritterbürtige einerseits, Graduierte andererseits sowie der dadurch verursachte Graduierungszwang für die Neuadligen nicht mehr der gewandelten sozialen Realität entsprachen, führte dazu, daß sich auch die letzte, von 1767 bis 1776 in Wetzlar tagende RKG-Visitation mit dem ganzen Problem beschäftigte. Überlegungen, ob die Definition des Begriffs „Ritterbürtigkeit“ eventuell einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden müsse oder die Ver-

²¹ Dieser interessante Aspekt kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht näher erörtert werden. Er wäre unter der eingangs erwähnten amtsimmanenten Mobilität der RKG-Assessoren abzuhandeln.

pflichtung der nicht ritterbürtigen RKG-Präsentati zur Annahme eines juristischen Grades nicht überhaupt – analog zur Reichshofratsordnung – aufgehoben werden solle, fanden jedoch angesichts des vorzeitigen Scheiterns dieser RKG-Visitation keinen gesetzlichen Niederschlag. Einzig die in den letzten zwei Jahrzehnten vom Kameralkollegium in Überschreitung seiner rechtsschöpfenden Kompetenzen herausgebildete Observanz, Söhne neuadliger RKG-Assessoren als RKG-Präsentati von der Annahme des noch fehlenden juristischen Grades zu befreien, wurde 1770 durch ein Visitationsdekret beseitigt. Das restriktive Vorgehen der RKG-Visitation in diesem einen Punkt führte jedoch dazu, daß das Kameralkollegium angesichts der ausgebliebenen prinzipiellen Reform von sich aus einen Schlußstrich unter die ganze Normendiskussion der vergangenen Jahrzehnte zog und wieder zur traditionellen Auslegung der Kammergerichtsordnung zurückkehrte, wie sie bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts praktiziert worden war. Das heißt: in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten vor dem Untergang des Alten Reiches galt am RKG wieder unangefochten der Grundsatz, daß den Status der Ritterbürtigkeit sowie die damit verbundene Befreiung von der juristischen Promotion nur diejenigen RKG-Präsentati für sich beanspruchen durften, die wirklich vier adlige Ahnen väterlicher- und mütterlicherseits vorweisen konnten. Infolgedessen machte nach 1773 kein einziger neuadliger oder nur dem subjektiven Anspruch nach altadliger RKG-Präsentatus mehr den Versuch, sich gegenüber dem Kameralkollegium die Eigenschaft der Ritterbürtigkeit anzumaßen und damit der Promotionspflicht zu entziehen, sondern qualifizierte sich ohne Widerspruch vor der Introduction in das Kameralkollegium noch als „graduatus“. Dies hielt jedoch einige von ihnen nicht davon zurück, gleichzeitig oder bald nach der Aufnahme zum RKG-Assessor im Rahmen von Gesuchen um sogenannte Adelsbestätigung und -erneuerung, um Freiherrnstandserhebung oder um Rezeption in die Reichsritterschaft weiterhin nach Kräften an der Legende ihrer angeblich altadligen Herkunft zu weben. In solchen Fällen ist die Existenz zweier miteinander konkurrierender und sich gegenseitig ausschließender Wertvorstellungen besonders eklatant.

Indem das Kameralkollegium sich in der Spätphase des Alten Reiches mangels einer von Kaiser und Reich autorisierten Gesetzesnovelle wieder eng an der vor mehr als zweihundert Jahren ausgearbeiteten Kammergerichtsordnung orientierte, den Begriff der Ritterbürtigkeit wieder restriktiv auslegte, neuadlige RKG-Präsentati nunmehr ohne Ausnahme wieder der Gruppe der Graduierten zuordnete und überhaupt den Wert des juristischen Grades offiziell nicht mehr in Frage stellte, ignorierte es scheinbar den inzwischen eingetretenen Wertwandel und förderte den Eindruck von prinzipieller Starre der altständischen Gesellschaft. Ein neuadliger Jurist, der als Krönung eines oft langwierigen und komplexen Mobilitätsprozesses ein RKG-Assessorat erlangen wollte, mußte in der ganz punktuellen Situation des reichskammergerichtlichen Präsentations- und Prüfungsverfahrens akzeptieren, daß der sozialen Mobilität bei der Überwindung ständischer Schranken Grenzen gesetzt blieben. In der Art und Weise, wie das Kameralkollegium und die betroffenen neuadligen RKG-Präsentati seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts der Vorschrift der Kammergerichtsordnung Genüge taten, zeigt sich allerdings, daß der beschriebene Wandlungsprozeß durch eine Hintertür doch Eingang in die Kameralverfassung fand, wenn auch nicht

in die Norm, sondern in die Verfassungswirklichkeit. So hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts ein bürgerlicher oder neuadliger RKG-Präsentatus, der bei Ablegung des Generalexamens noch nicht promoviert war, den außerhalb des RKG in seinem Ansehen gesunkenen Doktor- oder Lizentiatengrad noch vor der Zulassung zur Proberelation annehmen müssen oder – was bereits ein Zugeständnis war –, gleich nach deren Ablegung, jedenfalls noch vor der Zensur dieser Probearbeit. Zum Zeitpunkt der nachträglichen Graduierung hatte sich der Kandidat also noch in Ungewißheit darüber befunden, ob er die Fachprüfung bestehen und zum RKG-Assessor aufgenommen werden würde oder nicht. Diesen Zustand empfanden die Betroffenen und zunehmend auch das Kameralkollegium selbst immer mehr als Zumutung, so daß der Zeitpunkt zur nachträglichen Annahme des juristischen Grades im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr an das Ende des ganzen Prüfungs- und Aufnahmeverfahrens verschoben wurde. Endgültig seit den siebziger Jahren brauchte ein bürgerlicher oder neuadliger RKG-Präsentatus die etwa noch fehlende Promotion erst in der Gewißheit seines Amtsantritts unmittelbar vor der Vereidigung nachzuholen, daß heißt wenn er die Fachprüfung bestanden, zum RKG-Assessor rezipiert und auf sein neues Amt einberufen worden war. Diese Manipulation wäre noch im 17. Jahrhundert, als jeder nicht ritterbürtige RKG-Präsentatus selbstverständlich schon bei seiner Anmeldung am RKG, das heißt schon vor Ablegung seines Generalexamens, graduiert gewesen war, ganz undenkbar gewesen. Dasselbe galt für die seit Ende des 18. Jahrhunderts von mehreren nicht ritterbürtigen RKG-Präsentati praktizierte und vom Kameralkollegium stillschweigend gebilligte Methode, sich das noch fehlende Doktor- oder Lizentiatendiplom von einer willfährigen Juristenfakultät „in absentia“, also ohne persönliche Anwesenheit und öffentlichen Promotionsakt, verleihen zu lassen²². Die Sinnentleerung des juristischen Grades war damit auf die Spitze getrieben. Aber solange nur ein RKG-Präsentatus bürgerlichen oder neuadligen Standes unmittelbar vor seiner Introduction als RKG-Assessor ein auf welche Weise auch immer erlangtes Doktor- oder Lizentiatendiplom vorlegen konnte, war der Vorschrift der Kammergerichtsordnung in der Spätphase des Alten Reiches Genüge getan. Die alte Norm blieb also formal gültig, aber sie wurde gleichzeitig unter dem Einfluß des inzwischen eingetretenen Wertwandels mit allgemeinem Konsens unterlaufen. Diese Mentalität kennzeichnete nicht nur die Verhältnisse am RKG in den letzten Jahrzehnten seiner Existenz. Sie war das charakteristische Phänomen einer Spätzeit, das Signum einer ganzen Epoche, deren Gesellschaft sich in einem tiefgreifenden Umbruch befand.

Der im 18. Jahrhundert allgemein erkannte Widerspruch zwischen einer aus dem 16. Jahrhundert stammenden Kameralverfassung einerseits, einer sich wandelnden sozialen Realität andererseits wäre hinsichtlich der Frage „Ritterbürtigkeit oder Graduierung“ in wirklich zukunftsweisender Form gelöst worden, hätte man in einer revidierten Kammergerichtsordnung nur noch die juristische Fachkompetenz der RKG-Prä-

²² Dazu s. schon *Sigrid Jabns*, Die Universität Gießen und das Reichskammergericht, in: *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*, hg. von *Peter Moraw* und *Volker Press* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 45, Marburg 1982) 189–219, hier 208.

sentati, überprüfbar in Proberelation und mündlichem Spezialexamen, zur ausschließlichen Eingangsvoraussetzung für die Erlangung eines RKG-Assessorats gemacht, unabhängig von der ständischen Qualität der Kandidaten. Dies hätte folgerichtig auch den Verzicht auf die Graduierungspflicht für die nicht ritterbürtigen RKG-Präsentati ermöglicht, da auf dem Hintergrund eines solch rein professionellen Denkens der Doktor- oder Lizentiatengrad als soziales Äquivalent für den mangelnden alten Adel überflüssig geworden wäre. Im Sinne der hier erörterten Zugangsmobilität hätte sich ein RKG-Präsentatus im Prüfungsverfahren also nur noch als „doctus“, nicht zusätzlich auch noch als „nobilis“ oder „graduatus“ qualifizieren müssen, um zum RKG-Beisitzer aufgenommen zu werden. In diese Richtung zielende Anregungen klingen zwar in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in den Voten einiger RKG-Assessoren an. Die Beharrungskraft des Alten, in ständischen Kategorien Denkenden war jedoch damals noch zu groß, als daß sich bei der Mehrheit des Kameralkollegiums und darüber hinaus bei den zuständigen gesetzgeberischen Instanzen eine solche rein funktionale Auffassung vom Assessorenamt hätte durchsetzen können²³. So ging das Alte Reich und mit ihm das RKG unter, bevor der tatsächlich vorhandene und auch ins Bewußtsein gedrungene Wandel sozialer Werte und Strukturen im Normensystem der Kameralverfassung seinen Niederschlag gefunden hätte.

8. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorausgegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß der Erlangung eines RKG-Assessorats äußerst komplizierte und komplexe Mobilitätsprozesse vorausgingen, die in der Regel schon mehrere Generationen vorher anliefen, in Fällen besonders steilen Aufstiegs aber auch erst mit der Person des späteren RKG-Beisitzers einsetzten. Die Chance, als Krönung der Karriere einer der höchsten Richter im Alten Reich zu werden, sowie das Ausmaß der hierfür erforderlichen Zugangsmobilität lassen sich nicht allein an den in der Kammergerichtsordnung verankerten Eingangsvoraussetzungen bemessen, die ein beträchtliches Maß an Offenheit und Chancengleichheit erwarten lassen. Aber auch die gedruckten RKG-Personalverzeichnisse des 18. Jahrhunderts sowie Selbstdarstellungen einzelner RKG-Assessoren oder des ganzen Kameralkollegiums verfälschen mit ihrem Hang, reale Mobilitätsabläufe zu verschleiern sowie den Eindruck ständischer Exklusivität und Homogenität zu vermitteln, das Bild. In Wirklichkeit verkörperte der Kreis der Juristen, die auf ein RKG-As-

²³ Anregungen zu solch einem moderneren Verständnis vom Assessorenamt sowie zu einer Überprüfung der Frage, ob die Graduierungspflicht für nicht ritterbürtige RKG-Präsentati angesichts der geänderten Zeitumstände nicht aufgehoben werden solle, gab Anfang Mai 1767, kurz vor der Eröffnung der letzten RKG-Visitation, der RKG-Assessor Harpprecht in seinen „Dubia Cameralia ad Ordinatum. Cameral. P.1 T.1 § 2“, Or.: BAF, RKG IV A 2 fol. 104–145, hier fol. 104. Harpprecht konstatierte darin, ausgehend vom gesunkenen Ansehen des juristischen Grades, „daß wohl einer Doctor juris, und dennoch nicht doctus seyn kan“ (fol. 104v). Über die mehrheitlich ablehnende Reaktion des Kameralkollegiums auf Harpprechts Anregungen s. das Plenarprotokoll vom 8.5.1767, ebd. fol. 148r.

ssessorat präsentiert wurden, ein hohes Maß an Mobilitätsanstrengungen und Aufstiegserfolg. Dabei war das Ausmaß solcher familiären und individuellen Vorleistungen, die den Zugang zum RKG-Assessorat eröffneten, je nach Ausgangslage sehr unterschiedlich. Auch waren die Faktoren, die den Aufstieg bedingten und abstützten, über die unerläßliche juristische Qualifikation hinaus weit gestreut, verstärkten sich zum Teil gegenseitig und machten insgesamt den Aufstieg auf ein höchstes Richteramt nicht nur zu einer beruflichen, sondern vor allem auch zu einer sozialen Leistung ersten Ranges. Dies galt besonders unter den gesellschaftlichen Bedingungen des 18. Jahrhunderts, einer Umbruchszeit, in der einerseits manche überkommene Wertvorstellung bereits in Frage gestellt und damit ein Auflockerungsprozeß in Gang gesetzt wurde, andererseits als Folge von Erstarrungserscheinungen das Denken in ständischen Kategorien noch einmal Triumphe feierte und Mobilitätsanstrengungen einen Riegel vorzuschieben suchte.

War der Sprung auf ein RKG-Assessorat erst einmal geschafft, bedeutete dies noch keineswegs das Ende des Aufstiegsprozesses. Kraft seines hohen beruflichen sowie sozialen Prestigewerts bewirkte dieses reichsrichterliche Amt neue Mobilitätsschübe, sei es für denjenigen Beisitzer, der bis zu seinem Tode am RKG verblieb, sei es für denjenigen, der das RKG-Assessorat als Sprungbrett für noch höhere Positionen in Diensten von Kaiser und Reichsständen benutzte. Wenn der Ulmer Sattlerenkel und Soldatensohn Johann Schumacher alias von Ulmenstein sich als RKG-Beisitzer in den Reichsfreiherrnstand erheben sowie in die Reichsritterschaft rezipieren ließ und in vierter Ehe in ein altes reichsritterschaftliches Adelsgeschlecht einheiratete, dann verdankte er diesen Zuwachs an sozialer Mobilität dem Gewicht seines Amtes. Wenn der ebenfalls in den Reichsfreiherrnstand erhobene Kutschersohn Leykam nach achtjähriger Tätigkeit als kurböhmischer RKG-Beisitzer zum Reichsreferendar in die Wiener Reichshofkanzlei berufen wurde und es in habsburgischen Diensten später bis zum kaiserlichen Konkommissar bei der Reichsversammlung in Regensburg brachte, dann, weil er sich als Richter an einem der beiden höchsten Reichsgerichte für eine hochrangige Nachkarriere qualifiziert hatte. Der weitere Aufstieg des gräflich aldenburgischen Hofrats Schumacher alias von Ulmenstein sowie des fürstbischöflich paderbornischen Hofrats Leykam wäre ohne die Erlangung eines RKG-Assessorats wahrscheinlich weniger steil verlaufen. Dasselbe gilt für viele andere RKG-Assessoren. Im Rahmen der hier angesprochenen beiden Stufen der amtsimmanenten Mobilität sowie der Abgangsmobilität spielten im Prinzip dieselben Faktoren eine Rolle wie im Rahmen der Zugangsmobilität. Aber das Assessorenamt wirkte als Verstärker, so daß dieselben Mobilitätselemente eine höhere Qualität erhielten und neue Aufstiegsprozesse in Gang setzen konnten. So trug die Mobilitätsagentur Reichskammergericht dazu bei, daß die ständische Gesellschaft trotz vieler sozialer Schranken und trotz mancher Verhärtungserscheinungen in der Spätphase des Alten Reiches bis zu dessen Auflösung in Bewegung blieb.